

AMS

Arbeitskreis Militär und
Sozialwissenschaften

Newsletter

02/03

2005

IMPRESSUM

Der AMS-Newsletter ist das Mitteilungsorgan des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften. Er erscheint viermal jährlich. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge sind jeweils Meinung des Verfassers und müssen nicht derjenigen der Redaktion entsprechen.

Für den Inhalt der vorliegenden Ausgabe sind verantwortlich:

Dr. Paul Klein
Heimhauserstr. 21
85716 Unterschleißheim
Tel.: (089) 31 02 977
Email: Paul.J.Klein@t-online.de

Dr. Gerhard Kümmel
c/o Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
Prötzeler Chaussee 20
15344 Strausberg
Tel.: (03341) 58-1837
Email: gerhardkuemmel@bundeswehr.org

Beitragszahlung € 30,- an:

AMS/Brecht, Sparda-Bank West e.g, Düsseldorf, BLZ 370 605 90, Konto Nr.: 774365
IBAN: DE30 3706 0590 0000 7743 65; BIC: GENODED1SPK
Rückfragen an R. Brecht, Streitkräfteamt Bonn, Tel.: 0228/12-2663

MITTEILUNGEN DES VORSTANDES

Werte Mitglieder!

Nach einer etwas längeren Pause kommt der Newsletter diesmal in einer dicken Doppelnummer!

Besonders hinweisen möchten wir Sie auf unsere anstehende Jahrestagung, die vom **25.-27. November 2005** in der **Bildungsstätte Schloss Eichholz** der Konrad-Adenauer-Stiftung in **Wesseling** (zwischen Köln und Bonn) stattfinden wird und zu der wir Sie herzlich einladen möchten. Das Thema wird sein: **Sicherheit in und für Deutschland**.

Dieser Newsletter enthält die Infos zur Tagung, d.h. zum Tagungsort, zum Programm und zu den Kosten. Anmeldungen für die Teilnahme an der Tagung werden erbeten bis spätestens

Montag, den 31. Oktober 2005.

Auf der Jahrestagung wird wie gewohnt auch eine **Mitgliederversammlung** stattfinden, zu der wir Sie ebenfalls recht herzlich einladen möchten und deren Ablauf sie diesem Newsletter entnehmen können.

Die Beiträge zur Jahrestagung 2004 sind dem Verlag zwischenzeitlich zugegangen, so dass der **Tagungsband 2004** als Band Nr. 39 in unserer Reihe beim Nomos-Verlag voraussichtlich zu unserer diesjährigen Zusammenkunft verfügbar sein dürfte.

Zur Verbesserung der Netzwerkkommunikation ist, wie im letzten Newsletter berichtet, die **Versendung unseres Mitgliederverzeichnisses** an die Mitglieder angeregt worden. Dafür **benötigen wir aber die ausdrückliche individuelle Zustimmung Ihrerseits**. Angesichts des bisher geringen Rücklaufs in dieser Angelegenheit bitten wir erneut um möglichst baldige Rückmeldung Ihrerseits.

Darüber hinaus enthält dieser Newsletter natürlich wieder eine ganze Reihe **Rezensionen** und **News**.

Der Vorstand des AMS wünscht Ihnen wie immer viel Freude beim Lesen dieses Newsletters. Bleiben Sie dem AMS gewogen!

Auf bald in Wesseling!

Für den Vorstand,

Gerhard Kümmel

NEUMITGLIEDER

Olaf Bachmann

107 Marina Heights, Basin Approach
E14 7JB London United Kingdom

Dr. Ewa Stachowska

Wyzsza Szokza Spzeczno, Gospodarcza
w Tyczynie, ul. Kozciuszki 4, 36-020 Tyczyn

ANSCHRIFTENÄNDERUNG:

Dr. Sabine Collmer

Director Research, George C. Marshall European
Center for Security Studies
Gernackerstraße 2,
82467 Garmisch-Partenkirchen

Peter Buchner

Zentrum Innere Führung Bereich 3
Von-Witzleben-Straße 17
56076 Koblenz

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES AMS

Der AMS lädt zu einer Mitgliederversammlung im Rahmen der diesjährigen Jahrestagung ein. Die Versammlung findet statt am Samstag, den 26. November 2005, von 19:00 bis 20:30 Uhr im *Bildungszentrum Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung* in Wesseling.

Tagesordnung

- (1) Eröffnung der Mitgliederversammlung
- (2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung
- (3) Tätigkeitsbericht des Vorstandes
- (4) Kassenbericht
- (5) Planung 2006
- (6) Verschiedenes

PROGRAMM DER JAHRESTAGUNG DES AMS

Sicherheit in und für Deutschland
25. – 27. November 2005 in Wesseling

Freitag, 25.11.2005

bis 17.00 Uhr	Anreise	
ab 18.00 Uhr	Abendessen	
19.00 – 19.15 Uhr	Begrüßung und Einführung in die Thematik	Sabine Collmer & Gerhard Kümmel
19.15 – 21.00 Uhr	Terrorismus als Bedrohung der Sicherheit Deutschlands	Dr. Kai Hirschmann (Institut für Terrorismusforschung, Essen)

Samstag, 26.11.2005

ab 08.00 Uhr	Frühstück	
09.00 – 10.30 Uhr	Die transatlantischen Beziehungen und die Sicherheit Deutschlands	Prof. Dr. Thomas Jäger (Universität zu Köln)
10.30 – 11.00 Uhr	Kaffeepause	
11.00 – 12.30 Uhr	Die Europäisierung der inneren Sicherheit	Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner (Humboldt Universität Berlin) angefragt
ab 12.30 Uhr	Mittagessen / Mittagspause	
14.00 – 15.00 Uhr	Film: Die Revolution in Military Affairs	
15.00 – 15.30 Uhr	Kaffeepause	
15.30 – 17.00 Uhr	Sicherheit durch Technisierung? Die Revolution in Military Affairs und die Bundeswehr	Dr. Sabine Collmer (George C. Marshall Center, Garmisch-Partenkirchen)
ab 18.00 Uhr	Abendessen	
19.00 – 20.30 Uhr	AMS-Mitgliederversammlung	

Sonntag, 27.11.2005

ab 08.00 Uhr	Frühstück	
09.00 – 10.30 Uhr	Die strategische Bedeutung der deutschen Verteidigungsindustrie im Zeichen der europäischen Integration.	Michael Küllmer (Doktorand, Hauptabteilung Strategische Unternehmensentwicklung und Technologie bei Rheinmetall, Düsseldorf)
10.30 – 11.00 Uhr	Kaffeepause	
11.00 – 12.30 Uhr	Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren im Spiegel von Meinungsumfragen	Dr. Heiko Biehl (AIK, Strausberg)
ab 12.30 Uhr	Mittagessen	
13.30 Uhr	Abschlussdiskussion	
	Tagungsende	

Änderungen vorbehalten

Tagungsort und -adresse

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloss Eichholz
Urfelder Straße 221
50389 Wesseling

Telefon: 0 22 36 / 7 07 – 0

Fax: 0 22 36 / 7 07 – 230

Email: brigitte.foerster@kas.de oder carola.vogelsberg@kas.de

Internet: http://www.kas.de/politische_bildung/index.php?ort=eichholz

Skizze:



Anreise

Bus / Bahn

Aus dem Norden bis Köln, aus dem Süden bis Bonn. Weiterfahrt jeweils mit der Stadtbahn Linie 16 vom U-Bahnhof Köln bzw. Bonn bis:

Bahnhof URFELD:

Von dort sind es ca. 20 Minuten Fußweg zu unserem Haus. An der ersten Kreuzung gehen Sie bitte weiter in Richtung Sechtem, wo sie nach 100 m den Zugang zu Schloss Eichholz finden. *Oder:* Weiterfahrt mit dem Stadtbus Linie 721 in Richtung Wesseling bis Haltestelle „Akademie Eichholz“. Fahrzeiten: montags - freitags 6.00-21.00 Uhr (stündlich), samstags 6.00-17.00 (stündlich).

Oder bis: Bahnhof WESSELING:

Vom Bahnhofsvorplatz mit dem Stadtbus Linie 721 Richtung Urfeld bis Haltestelle „Akademie Eichholz“. Fahrzeiten: montags - freitags 6.32-20.32 Uhr (stündlich), samstags 6.32-16.32 (stündlich).

Alternativ: Anruf-Sammeltaxi ab Bahnhof Wesseling

Das Sammeltaxi müssen Sie mindestens 30 Minuten vor der fahrplanmäßigen Abfahrtszeit telefonisch anmelden (Telefon: 02236/19731). Bestellen Sie das Sammeltaxi zur Haltestelle: W 22 (Konrad-Adenauer-Straße, Westseite, rechtsseitig vom Verlassen des Bahnsteiges). Geben Sie als Zielort: Gut Eichholz, Akademie an. Der Verkauf der Fahrausweise erfolgt im Sammeltaxi.

Fahrzeiten Anruf Sammeltaxi:

montags-freitags 7.30, 8.00, 8.10 -18.10 Uhr (stdl.), 19.00, 19.30, 20.00 Uhr (alle 30 Min.)

samstags 8.00 - 19.00 Uhr (stdl.), sonn-/feiertags 9.00 - 19.00 Uhr (stdl.).

PKW

Über die Autobahn Köln/Bonn (linksrheinisch), A 555, Ausfahrt Wesseling. Etwa 100 m hinter dem zweiten Hinweisschild befindet sich rechts die Einfahrt zu unserem Gästeparkplatz. Der zweite, näher am Haus gelegene Parkplatz ist ausschließlich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorbehalten.

Kosten

(1) Übernachtung und Verpflegung (Variante A):

EZ: 50,- € pro Tag = 100,- € pro Person

DZ: 40,-€ pro Tag = 80,- € pro Person

Seminargebühr: 30,- €

(2) Verpflegung ohne Übernachtung (Variante B):

25,- € pro Tag = 50,- € pro Person

Seminargebühr: 30,- €

(3) Ohne Übernachtung und Verpflegung (Variante C):

Seminargebühr: 30,- €

Die Veranstaltung ist bildungsurlaubsfähig!

Anmeldung

Verbindliche Anmeldungen werden mit beigefügtem Anmeldeformular erbeten bis zum

31. Oktober 2004.

Dr. Gerhard Kümmel (AMS)
c/o Sozialwissenschaftliches Institut
der Bundeswehr (SOWI)

Postfach 11 42
15331 Strausberg
Fax: 03341-58-1802
Email: gerhardkuemmel@bundeswehr.org

**Verbindliche Anmeldung zur Jahrestagung 2005 des AMS in Wesseling
25. – 27. November 2005**

Ich nehme an der Jahrestagung teil und wünsche
Unterkunft und Verpflegung
(Variante A)

Ich nehme an der Jahrestagung einschließlich der
Mahlzeiten teil, benötige aber keine Unterkunft
(Variante B)

Ich nehme an der Jahrestagung teil, benötige
aber weder Unterkunft noch Verpflegung (Vari-
ante C)

Ich wünsche Unterbringung im *Einzelzimmer*

Doppelzimmer

zusammen mit:

Name: _____

Anschrift: _____

Datum, Unterschrift: _____

FÜR UNSERE MITGLIEDER GELESEN

Bargmann, Jens (2004). Ethik in der Offizierausbildung. Eine vergleichende Studie zu berufsethischen Anteilen in der Ausbildung zum Marineoffizier in Deutschland und den USA. Münster: Miles-Verlag, 295 S.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht die Frage, wie die Ausbildungsstätten für Marineoffiziere in Deutschland und den USA gegenwärtig, unter den Vorzeichen des globalen Wandels, ethische Aspekte in die Ausbildung und Erziehung der angehenden Offiziere integrieren. Dies geschieht durch eine Analyse und Bewertung der jeweiligen Programme an der Marineschule in Flensburg-Mürwik und der U.S. Naval Academy in Annapolis. Bevor sich der Verfasser, ehemaliger Offizier der Bundeswehr und danach nach dem Studium der Theologie Vikar einer lutherischen Kirchengemeinde in den USA, allerdings diesem Vergleich zuwendet, betrachtet er zunächst einige ethische Grundbegriffe, das Thema Berufsethos und Berufsethik des Offizierberufs, setzt sich mit dem Begriff der Militärpädagogik auseinander und schildert sehr breit und ausführlich den Wandel des sicherheitspolitischen Umfeldes der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr von den Zeiten des kalten Krieges bis heute.

Bei seinem Vergleich zwischen den beiden genannten Ausbildungsstätten kommt er vor dem Hintergrund zweier unterschiedlicher Ausbildungskonzepte zu dem Ergebnis, dass auch die Ansätze für die berufsethische Ausbildung grundverschieden voneinander sind. Während die deutsche Marine ein Ethikseminar in die Ausbildung aufnahm, um der fundamental veränderten sicherheitspolitischen Lage Deutschlands und dem gewandelten Auftrag der Bundeswehr gerecht zu werden, war der entsprechende Grund in den USA das ethisch-moralische Fehlverhalten von Angehörigen der U.S. Navy. An der Marineschule in Mürwik dauert das Ethikseminar lediglich einen Tag, steht unter der Hauptverantwortung der beiden Militärpfarrer und wird als Anfangsveranstaltung für eine spätere Vertiefung in anderen Fächern gesehen. Demgegenüber dauert der Ethikkurs in Annapolis ein Semester, involviert auf Grund der religiösen Neutralität des Staates die Militärpfarrer nicht und ist eine benotetes Sperrfach. Kennzeichnend für die Ausbildung in den USA ist die Verknüpfung theoretischer und berufspraktischer Anteile vorwiegend durch Fallstudien. Diese Elemente fehlen in Deutschland völlig.

Dies veranlasst den Verfasser, abschließend die Forderung zu erheben, die Rechtsausbildung, die Politische Bildung und den Lebenskundlichen Unterricht an den Truppschulen der Bundeswehr durch das Unterrichtsfach „Militärische Berufsethik“ zu ergänzen. Als eine Voraussetzung hierfür sieht er allerdings die Ausformulierung eines allgemein gültigen militärischen Berufsethos an.

Paul Klein

Gerhard Kümmel (Hg.) (2004): Diener zweier Herren. Soldaten zwischen Bundeswehr und Familie. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Jahresschriften 2004. 209 S.

Die Jahresschrift 2004 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr wendet sich dem derzeit hochaktuellen Thema „Soldat und Familie“ zu. Unter dem Titel „Diener zweier Herren“ wird nach einer Einleitung des Herausgebers G. Kümmel in insgesamt neun Beiträgen darzulegen versucht, welchen Wandel die Familie in den letzten Jahrzehnten genommen hat, wie sich dies auf die Berufstätigkeit insbesondere des Soldaten auswirkt und welche Rolle hierbei die Auslandseinsätze der Bundeswehr spielen. Die Autoren, die teilweise aus dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, teilweise aus verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen kommen, beschäftigen sich entweder allgemein mit dem Wandel der Familie (Bertram) oder dem Einfluss der familiären Herkunft für das Verständnis von Werthaltungen, die der Entscheidung für oder gegen das Militär zugrunde liegen (Leonhard), sie wenden sich dem Thema Mobilität und deren Folgen für den Soldaten und seine Familie zu (Collmer), sie beschreiben die Belastungen von Bundeswehr-Soldaten und ihrer Familien während eines Auslandseinsatzes (Dietrich/Sturzbecher) und sie diskutieren die Möglichkeiten, Härten und Probleme der berufsbedingten Trennungsphasen zu erkennen und zumindest abzumildern (Wendt). Hierbei arbeiten einige Autoren sehr anschaulich mit Fallbeispielen, andere stellen dankenswerter Weise aber auch Umfrageergebnisse in der Vordergrund Ihrer Ausführungen, die bisher öffentlich noch nicht zugänglich waren (Biehl/Keller/Tomforde). Die Faktoren, die die partnerschaftlichen und

familiären Beziehungen der Soldaten und ihrer Angehörigen im Kontext der Auslandseinsätze der Bundeswehr beeinflussen, kommen ebenso zur Sprache wie die Frage, ob und in welchem Umfang Partnerbeziehungen in die Brüche gehen und wie die Eltern-Kind-Beziehungen sich ändern. Was die Möglichkeiten der Beratung und Hilfestellung angeht, so wird in mehreren Beiträgen auf den Bedarf nach Unterstützung und Fürsorge zur Bewältigung von Trennungserfahrungen hingewiesen, die Einwirkungsmöglichkeiten der Familienbetreuungsstellen aber auch deren Grenzen werden aufgezeigt und die Rolle, die die Militärseelsorge im Auslandseinsatz spielt, wird in einem deutsch-englischen Vergleich dargestellt (Werkner/Barker). Nicht zuletzt weist ein Beitrag darauf hin, wie die Kameradschaft untereinander helfen kann, die Einsatz- und Mobilitätsanforderungen zu bewältigen (Apelt), während ein weiterer Aufsatz zeigt, dass ähnliche Probleme wie beim Militär sich auch in der Polizei ergeben (Müller-Franke). Mit ihrem Sammelband wollten Herausgeber und Autoren einen Anstoß für weitergehende Forschungen geben, sie wollten vor allem aber informieren und auf die Problematik hinweisen. Wer das Buch in die Hand nimmt, wird gerne bestätigen, dass ihnen dies gelungen ist.

Paul Klein

Stand und Perspektiven der deutschen Friedens- und Konfliktforschung

Ulrich Eckern, Leonie Herwartz-Emden & Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme (Politikwissenschaftliche Paperbacks – Studien und Texte zu den politischen Problemfeldern und Wandlungstendenzen westlicher Industriegesellschaften Band 37), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, 298 Seiten, ISBN 3-8100-3829-6, 24,90 Euro.

Der vorliegende Sammelband geht auf ein Symposium zurück, das unter dem Titel „Neuere Entwicklungen in der Friedens- und Konfliktforschung“ Ende September / Anfang Oktober 2002 an der Universität Augsburg stattgefunden hat. Zweck dabei war es, eine zukunftsorientierte und interdisziplinär ausgerichtete Bestandsaufnahme der deutschen Friedens- und Konfliktforschung vorzunehmen, wozu sich Augsburg als Ort des Religionsfriedens von 1555 und als seit 1648 konfessionell gemischte Stadt mit einer langen Tradition gewaltfreier Konfliktbearbeitung durchaus besonders berufen fühlt. Herausgekommen ist ein beeindruckender und klar strukturierter und systematisierter Band, der neben einer Einleitung 15 weitere Beiträge von insgesamt 21 namhaften Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen unterschiedlichster disziplinärer Herkunft umfasst.

Der Organisation des Buches nach lässt sich Friedens- und Konfliktforschung aufteilen in die historische, die theologische, die sozialwissenschaftliche, die juristische und die naturwissenschaftliche Friedensforschung, die durch theoretische Fragestellungen quasi überwölbt werden. Warum in diesem zuletzt genannten Abschnitt über theoretische Fragestellungen allerdings ein Beitrag über die politikwissenschaftliche Friedensforschung platziert wird statt ihn dem Kapitel über sozialwissenschaftliche Aspekte zuzuordnen, ist nicht so ganz ersichtlich. Die Bestimmung der Friedensforschung als normativ, interdisziplinär und praxisorientiert durch den zu früh verstorbenen Dieter Lutz vom IFSH und der instruktive friedentheoretische Aufriss Christoph Wellers hätten jedenfalls für dieses Anfangskapitel vollauf genügt. Weiter geht es dann mit einem historischen Blickwinkel, wobei sich Wolfram Wette zunächst mit der Frage nach den Lehren aus der Geschichte auseinandersetzt, bevor Andreas Gestrich in einem der spannendsten Beiträge dieses Buches Friedensforschung, Historische Anthropologie und die neue Kulturgeschichte miteinander verknüpft. Anschließend erörtern Johannes Frühbauer und Bernd Oberdorfer die Frage nach den konflikteskalierenden wie konfliktdeeskalierenden Potenzialen von Religionen im Allgemeinen wie des Christentums im Besonderen. Der Abschnitt über sozialwissenschaftliche Aspekte vereint die Beiträge von Michael Bommes über die Aussichtslosigkeit ethnischer Konflikte in Deutschland, von Peter Waldmann über den radikalen Islamismus in Deutschland, von Leonie Herwartz-Emden über Interkulturalität, interkulturelle Erziehung und Friedenserziehung und von Christian Büttner über die pädagogisch-psychologische Friedens- und Konfliktforschung an der HSFK. Noelle Quènivet und Norman Weiß behandeln in ihren Beiträgen über das Völkerrecht und den internationalen Menschenrechtsschutz sodann juristische Aspekte. Zwei Beiträge zu naturwissenschaftlichen Aspekten, einmal von Jürgen Altmann, Wolfgang Liebert und Götz Neuneck über natur-

wissenschaftliche Forschung für Abrüstung und Frieden und zum anderen von Armin Reller, Simon Meißner und Ulrick Eckern über die gerechte Verteilung natürlicher Ressourcen, beschließen den Band.

Obzwar die Beiträge von durchaus unterschiedlicher Qualität sind und man sich an der ein oder anderen Stelle etwas mehr Ausführlichkeit gewünscht hätte, ist dem Band insgesamt zu attestieren, dass er seiner Zielsetzung vollauf gerecht wird und damit ein dauerhafter Referenzpunkt der Disziplin sein dürfte.

Gerhard Kümmel

Was sind neue Kriege und wie neu sind sie tatsächlich?

Siegfried Frech / Peter I. Trummer (Hg.): Neue Kriege. Akteure, Gewaltmärkte, Ökonomie, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2005, 191 Seiten, ISBN 3-89974202-8, 16,80 Euro.

In der Reihe Basisthemen Politik des Wochenschau Verlags ist soeben ein Lehr- und Einführungsbuch zur Thematik der neuen Kriege erschienen, das von den beiden Politikwissenschaftlern und Referenten der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg Siegfried Frech und Peter Trummer herausgegeben worden ist. Es versammelt insgesamt acht Beiträge, die sich allgemein-übergreifend oder fokussierend-spezifisch mit dieser Thematik auseinandersetzen. Die sachkundigen Beiträge zu spezifischen Aspekten der neuen Kriege behandeln die Ökonomie der neuen Kriege (Peter Lock), die Problematik der Kindersoldaten (Paul Russmann), die humanitäre Hilfe (Catherine Götze), den Genozid (Peter Trummer) und die Rolle der Medien im Krieg (Christian Büttner & Magdalena Kladzinski), werden aber an dieser Stelle nicht intensiver behandelt. Diskussionswürdig, das sollte jedoch erwähnt werden, ist bei den genannten Beiträgen vor allem die These Peter Locks, wonach „Kriege nur noch in Regionen führbar sind, in denen die Modernisierung noch nicht sehr weit fortgeschritten ist und die Gesellschaften sich noch durch eine hohe Überlebenselastizität auszeichnen.“ (S. 71)

Bei den übergreifenden und sich explizit mit dem Begriff der neuen Kriege beschäftigenden Beiträgen macht Herfried Münkler die Eröffnung. Er hat wie kein zweiter hierzulande den Begriff der neuen Kriege wesentlich geprägt und für eine breitere politische wie allgemeine Öffentlichkeit popularisiert. Münkler zeichnet eine kurze inhaltliche Skizze dessen, was der Begriff neue Kriege meint und gibt einen Ausblick auf drei Kriegstypen, die das Gewaltgeschehen im noch jungen 21. Jahrhundert bestimmen werden. Dabei handelt es sich seiner Einschätzung nach zum einen um Ressourcenkriege, zu denen künftig verstärkt gewaltsame Auseinandersetzungen um Wasser gehören werden. Zum anderen sind es Pazifizierungskriege, bei denen es eine Gemengelage aus geostrategischen, wirtschaftlichen und humanitären Motivationen ist, die Mächte aus den Wohlstandszonen unserer Welt zur Intervention veranlassen. Schließlich nennt Münkler noch die Verwüstungskriege gegen den Norden unter Verwendung des Mittels des Terrorismus.

Darauf folgen zwei Beiträge aus der Feder von Volker Matthies einerseits und von Sven Chojnacki andererseits, die den Begriff der neuen Kriege einer fundamentalen Kritik unterziehen. Zwar konzedieren beide dem Begriff, dass er die wissenschaftliche Befassung mit dem internationalen Konflikt- und Kriegsgeschehen und seinem (möglichen) Gestaltwandel angestoßen wie auch die Öffentlichkeit in den Ländern des Westens für diese Thematik sensibilisiert hat. Doch kritisiert zunächst Volker Matthies, (1) dass der Begriff Facetten des Kriegsgeschehens als neu apostrophiert, die bei einer historischen Betrachtung und unter Berücksichtigung von Ergebnissen der Friedens- und Konfliktforschung und ethnologischer und regionalwissenschaftlicher Studien so neu gar nicht sind; (2) dass die Kontrastierung von alten und neuen Kriegen allzu schlicht und eine größere Ausdifferenzierung der Kriegstypen nötig ist; und (3) dass der Begriff unter einer eurozentrischen Perspektive leidet. Sven Chojnacki fügt dem hinzu, dass der Befund, wonach neue Kriege asymmetrische Kriege sind, nicht immer stimmig ist: „Gerade in Konflikträumen, in denen staatliche Akteure sukzessive von privaten Gruppen verdrängt werden (...), gleicht sich der Status der Akteure ebenso an, wie sie über annähernd gleiche Machtressourcen verfügen und Formen von Reziprozität entwickeln (...), so dass wir es hier eher mit Symmetrierungsprozessen zu tun haben.“ (S. 78) Zudem beklagt Matthies, dass „der Nicht-Krieg für die Kriegsforschung kein relevantes Ereignis“ ist (S. 43), worauf ein Plädoyer für eine „umfassende Friedenserfahrungs- und Friedensursachenforschung“ (S. 47) folgt. Und Chojnacki schlägt mit zwi-

schenstaatlichen Kriegen, extrastaatlichen Kriegen, innerstaatlichen Kriegen und substaatlichen Kriegen die Differenzierung von vier Haupttypen kriegerischer Gewalt vor. Münkler wiederum verschließt sich keineswegs solcher Kritik und konzidiert etwa, dass weder die Asymmetrisierung des Krieges noch die Emergenz substaatlicher/semiprivate Kriegsakteure noch „die Entmilitarisierung der Gewaltorganisation und die Konzentration auf nichtmilitärische Ziele bei Anwendung nichtmilitärischer Methoden“ (S. 24) neu sind. Er hält jedoch dafür, dass das „entscheidend Neue an den neuen Kriegen (...) das Zusammentreffen dieser drei Entwicklungen bei einer gleichzeitigen drastischen Abschwächung der Präge- und Orientierungskraft des klassischen Kriegsmodells“ sei (S. 25).

Diese drei zuletzt genannten Beiträge geben demnach nicht nur einen Einblick in die Inhalte der neuen Kriege, sondern umreißen auch das Für und Wider des terminus technicus neue Kriege. In Verbindung mit den übrigen Beiträgen zu verschiedenen Facetten der neuen Kriege fügt sich dies zu einer gelungenen Einführung in die Thematik, die weite Verbreitung verdient.

Gerhard Kümmel

Die Mediatisierung des Krieges

Martin Löffelholz (Hg.): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004, 366 Seiten, 34,90 Euro.

Martin Löffelholz ist Professor für Medienwissenschaft an der Technischen Universität Ilmenau und Leiter der Internationalen Forschungsgruppe Krisenkommunikation. 1993 hat er unter dem Eindruck des Golf-Krieges den Band „Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation“ herausgegeben. Des Weiteren ist er in jüngster Zeit mit einer Anthologie zum Thema „Theorien des Journalismus“ hervorgetreten. Mit „Krieg als Medienereignis II“ setzt er beide Thematiken nun mit Blick auf das 21. Jahrhundert fort. Darin wird die Problematik der Krisenkommunikation in fünf Unterkapiteln behandelt.

Es beginnt mit einem ‚must-read‘, nämlich einer ausführlichen Einführung des Herausgebers in das zwar überaus relevante, doch bislang nur wenig systematisierte Forschungsfeld der Krisen- und Kriegskommunikation. Neben einem Aufzeigen der vorliegenden Forschungsergebnisse, Forschungsdesiderata und Forschungsperspektiven findet sich darin auch eine Bestimmung der zentralen Begriffe: „Krisen können als (vermutete) Bedrohungen zentraler Werte eines Systems definiert werden. Dabei wird Sicherheit – bis hin zur Gefährdung der Existenz – reduziert, Zeitressourcen werden verknappt und hoher situativer Entscheidungsdruck induziert. Krisen sind zudem durch die ungewollte Gefährdung dominanter Ziele (z.B. eines Unternehmens oder Staates), einen ambivalenten und nicht vorhersehbaren Ausgang und die nur teilweise Beeinflussbarkeit des Ablaufs gekennzeichnet. Damit unterscheiden sich Krisen von Konflikten (die nicht zwangsläufig die Existenz gefährden), Störungen (die keine dominanten Ziele berühren) und Katastrophen (die stets negativ enden). Kriege wiederum können als fortbestehende Krisen gesehen werden, die gewaltsam zugespitzt werden. Wird der Terminus Krise – entgegen des Alltagsverständnisses – nicht nur auf die Vorgeschichte eines Krieges, sondern auch auf die kriegerischen Ereignisse selbst bezogen, stellen Kriege eine besondere Kategorie von Krisen dar.“ (S. 48)

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Entwicklung der Krisenkommunikation. Thomas Dominikowski spannt in seinem Beitrag über die Kriegsberichterstattung den Bogen von der Antike bis in die Gegenwart; Michael Kunczik beleuchtet die Kriegspropaganda von der Revolution in Amerika bis zum Irak-Krieg des Jahres 2003; und Philip Hammond untersucht das Verhalten der Medien mit Blick auf humanitäre Interventionen und den Krieg gegen den Terror vom Kosovo-Krieg bis zum Irak-Krieg. Dominikowski hebt dabei die strukturelle Militarisierbarkeit der Medien hervor; Kunczik konstatiert eine Privatisierung der Kriegspropaganda, und Hammond arbeitet die Fallstricke und Fallgruben heraus, die mit dem Einsatz militärischer Gewalt im Namen demokratischer Werte verbunden sein können.

Im dritten Abschnitt steht die journalistische Kommunikation im Krieg im Mittelpunkt der Betrachtung. Sozusagen im Sinne einer Beobachtung der Beobachter leuchten Alexander Görke, Jan Staiger und Thomas Hanitzsch die Systemlogiken des Journalismus und die Gefährdungen, aber auch die Reflexions- und Autoreflexionspotenziale journalistischen Arbeitens heraus. Dabei wird etwa in dem

Beitrag von Staiger deutlich, dass die journalistische Beobachtung des Krieges sowohl den Krieg wie auch das Ergebnis der Beobachtung verändert, was im Falle eines „Journalism of Attachment“ (Hantzsch) besonders verhängnisvoll, weil konflikteskalierend wirken kann.

Die Beiträge im vierten Abschnitt ranken sich um das Thema der militärischen Kommunikation im Krieg. Hier beschäftigt sich Hans-Joachim Reeb mit den Grundlagen der Kriegskommunikation aus militärischem Blickwinkel, begreift dabei „Öffentlichkeit als Teil des Schlachtfeldes“ (S.197) und erwartet eine zunehmende Ausdifferenzierung der Kriegskommunikation. Ebenfalls aus militärischer Perspektive interpretieren Walter Jertz und Carsten Bockstette, der eine Generalleutnant und Befehlshaber des Luftwaffenführungskommandos in Köln-Wahn, der andere Hauptmann und dessen Adjutant, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit als „strategisches Informationsmanagement“. Dessen Relevanz und Bedeutung für das Subsystem Militär wird deutlich in dem Satz: „Die Öffentlichkeitsarbeit muss genauso geplant werden wie eine militärische Operation.“ (S. 237) Carsten Schlüter beschließt diesen Abschnitt und unterstreicht diesen Befund anhand des amerikanischen Beispiels von Information Operations.

Im Kapitel Politik, Vernetzung und Militainment beschreibt Christoph Weller zunächst luzide die Fernsehberichterstattung über den und die politische Interpretation des 11. September, der darin vom Terroranschlag zur Kriegserklärung mutiert, die eine militärische Reaktion erforderlich macht. Hans-Jürgen Bucher arbeitet am Beispiel Internet eindrücklich den Prozess der „Glokalisierung“ (S. 294) der Kriegskommunikation heraus, der durch die Dialektik von einer „globale[n] Homogenisierung der Sichtweisen“ einerseits und einem „Strukturwandel hin zu multiplen Öffentlichkeiten“ (ebd.) gekennzeichnet ist. Im letzten Beitrag dieses Kapitels wie auch des gesamten Buches spüren Fabian Virchow und Tanja Thomas einem „banalen Militarismus“ in Gestalt des Militainment nach, der sich in der Zusammenarbeit von Militär und Medien-/Kulturindustrie ausdrückt und Auswirkungen auf die politische Kultur hat. Zwar konstituiert sich der banale Militarismus „weitgehend unspektakulär, häufig in den nüchternen Routinen und Ritualen des Alltags einer Vielzahl von Akteuren und Akteurinnen. Gleichwohl ist ihnen gemein, dass in und mit ihnen Krieg, Militär, Waffen und Gewalthandeln als (tendenziell) selbstverständlich und unausweichlich erscheinen.“ (S. 325)

Insgesamt liegt damit ein Sammelband vor, der zahlreiche Facetten von Krisen- und Kriegskommunikation sowohl empirisch wie auch theoretisch durchleuchtet und nicht nur sehr schnell, sondern auch zu Recht zu einem Standardwerk avancieren dürfte.

Gerhard Kümmel

Die Waffe bin ich – Frauen als Selbstmordattentäterinnen

Barbara Victor: Schahidas. Die Töchter des Terrors. Aus dem Amerikanischen von Maria Zybak, München: Knaur Taschenbuch Verlag, 2005, 333 Seiten, ISBN 3-426-77763-0, 12,90 Euro.

Das Selbstmordattentat hat in der vergangenen Dekade als Waffe, als Instrument in einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt dramatisch an Bedeutung gewonnen. Dies gilt vor allem für diejenigen Kriege, denen Herfried Münkler und andere das Attribut asymmetrisch verliehen haben. Bei diesen handelt es sich um Kriege, in denen die Machtpotenziale und die Waffenarsenale der beteiligten Akteure ausgesprochen unausgewogen sind und sich die schwächeren Akteure durch unorthodoxe Methoden und unkonventionelle Kriegsführung bemühen, dem Feind Paroli zu bieten und die Waagschale zu ihren Gunsten zu verschieben. Dass dies durchaus gelingen kann, zeigen die wöchentlichen, ja teilweise beinahe täglichen Pressemeldungen über entsprechende Gewaltakte aus dem Irak, die den amerikanischen Truppen und ihren Verbündeten das Leben schwer machen.

Bislang ist die Literatur zu Selbstmordattentaten vergleichsweise überschaubar, da sich die Forschung zu dieser Thematik mit nicht unerheblichen Problemen und Schwierigkeiten konfrontiert sieht – zumal dann, wenn es um empirisch fundierte und abgesicherte Untersuchungen geht. Gleichwohl hat die Zahl der Publikationen zu diesem Themenfeld in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Die umfangreichste und intensivste Forschung liegt dabei für den israelisch-palästinensischen Konflikt vor, in dem sich verschiedene Kämpfergruppierungen der Palästinenser der Waffe des Selbstmordattentats bedient haben.

Zu diesem Forschungszweig gehört auch das – für den Pulitzer-Preis nominierte – Buch der amerikanischen Journalistin Barbara Victor, die seit mehr als zwanzig Jahren über den Mittleren Osten berichtet. Sie widmet sich einer bislang eher randständig behandelten Facette des Selbstmordattentats, nämlich seiner weiblichen Seite. Zwar ist das Selbstmordattentat ganz überwiegend in der Tat eine männliche Domäne, doch es gibt – siehe auch die entsprechenden Beispiele aus dem Tschetschenienkonflikt und aus Sri Lanka – Frauen, die sich für ein Selbstmordattentat zur Verfügung stellen. Barbara Victor beleuchtet in ihrem Buch die Lebensumstände und -geschichten von einigen palästinensischen Selbstmordattentäterinnen und stützt sich dabei auf das umfangreiche Interviewmaterial, das sie ein Jahr lang für eine Dokumentation für das französische Fernsehen gesammelt hat. So hat sie im Gazastreifen, im Westjordanland und in Israel Interviews mit Familienmitgliedern und Freunden von vier ‚erfolgreichen‘ Shahidas geführt und dazu noch etwa 80 Mädchen und junge Frauen befragt, deren Selbstmordanschlag gescheitert ist. Des Weiteren hat sie Mitglieder und Anführer der Hamas, des Islamischen Dschihad und der Fatah, aber auch israelische Regierungsvertreter, Geheimdienstoffiziere, Mediziner, Psychiater und Wissenschaftler befragt.

Auf dieser Basis ist es ihr möglich, eine dichte Beschreibung des biographischen Mikrokosmos von Wafa Idris und den anderen Shahidas und seines engeren Umfeldes vorzulegen, die jedoch stets an die Makrokonstellation des Konfliktes rückgebunden bleibt. So entsteht ein einfühlsames, facettenreiches Porträt der einzelnen Shahidas, das deutlich macht, dass es beileibe nicht religiöser Eifer allein ist, der Frauen zu Shahidas werden lässt. Neben diesem zweifellos vorhandenen religiösen Moment liegen die Motive unter anderem auch darin, Vergeltung zu üben oder den Namen reinzuwaschen, d.h. die eigene oder die Familienehre wiederherzustellen und gesellschaftliche Anerkennung (zurück) zu gewinnen. Deutlich wird zudem der prägende Einfluss und die Rolle von Männern dabei, von den Ehemännern, Brüdern und Vätern, aber auch von den politischen Führern der Palästinenser, was belegt, „in welcher zynischer Weise Frauen manipuliert und in den Tod getrieben werden.“ (S. 21) Deutlich werden aber auch die gesellschaftlichen Erosionsprozesse, denen die palästinensische Gesellschaft unterliegt, haben doch „die Selbstmordattentate den Konflikt zu einer Krankheit gemacht, die eine ganze Generation mit einem brennenden Todeswunsch erfüllt.“ (S. 299) Das journalistisch-populärwissenschaftlich-essayistische Buch Barbara Victors, dessen Lektüre einen bleibenden Eindruck hinterlässt und deswegen uneingeschränkt zu empfehlen ist, unterstreicht damit zugleich, wie prekär die gegenwärtigen Verständigungsversuche sind und absehbar auch bleiben.

Gerhard Kümmel

Brücken des Friedens und der Versöhnung bauen

Walter Mixa: Friede und Versöhnung im Zeichen des Kreuzes. Meditationen von Bischof Walter Mixa. Vorwort von Joseph Kardinal Ratzinger. Mit Bildern aus dem Dom und dem Figurenfeld im Hessental bei Eichstätt. München: Don Bosco Verlag. 2004 120 Seiten, ISBN 3-7698-1501-7. € 14,90

In der vorliegenden, theologischen Publikation setzt sich der katholische Militärbischof für die deutsche Bundeswehr und Bischof von Eichstätt, Walter Mixa, mit den großen politischen Herausforderungen der Gegenwart auseinander, also der Suche nach dem Verwirklichen von einem Mehr an Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung auf dieser Erde. Gerade in einer Welt, in der es tagtäglich zu Terror, Hass und Gewalt kommt, wird die utopische Dimension der politischen Ziele von Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung vielen Menschen ersichtlich. Doch Mixa stellt zu Recht fest, dass die Friedensbotschaft des Neuen Testaments, die Botschaft Jesu Christi, keine Utopie ist. Jesus hat durch seinen Kreuzestod und seine Auferstehung das Leid und den Tod auf immer besiegt und allen Menschen seine Liebe und einen immerwährenden Frieden geschenkt. Walter Mixa wirft in seiner Veröffentlichung Fragen auf: Wie gehen Menschen mit dieser Friedensbotschaft um? Wie nehmen sie diese Botschaft der Liebe und der Versöhnung für ihr Leben an?

In tief anrührenden Meditationen setzt sich der Verfasser mit diesen Fragen auseinander. Nüchtern konfrontiert Mixa die politischen und militärischen Bemühungen um Frieden mit der Botschaft von Jesu. Der Autor tritt für eine Politik des gerechten Friedens ein, die sich vom Evangelium inspirieren lässt. Zugleich macht er deutlich: Friede und Versöhnung sind Geschenke Gottes; sich dafür einzusetzen und Brücken des Friedens und der Versöhnung zu bauen ist die Aufgabe eines jeden Einzelnen.

Bereitschaft zur Umkehr

Jesus ist immer eine Einladung an jeden Menschen guten Willens, in seinem persönlichen Leben neue Akzente zu setzen und im Sinne Jesu zu handeln und umzukehren. Die Botschaft Jesu Christi ist eine Einladung zur Verwirklichung von einem Mehr an Friede, Gerechtigkeit und Liebe in dieser Welt. Mixa formuliert es so: „All unser Scheitern, all unsere Traurigkeiten und Enttäuschungen, unsere Krankheiten und unser Sterben-Müssen sind in ihn hineingelegt, sind in seinem Kreuz enthalten und sind sichtbar in seinem Angenagelt-Sein und seinem durchstoßenen Herzen.“ Jedes menschliche Leben kennt Höhen und Tiefen, Scheitern und Erfolg. Auf jeder Station des menschlichen Lebens besteht die Chance, sich zu Jesus zu bekennen, zu ihm umzukehren. Jesus, der Christus, steht am Anfang und am Ende jedes menschlichen Lebens: er ist der gute Hirte, der sich um seine Schafe sorgt.

Menschen werden stets auf das Neue und während ihres ganzen Lebens mit schlechten Nachrichten und Ereignissen, mit Erfahrungen des Bösen konfrontiert. Walter Mixa: „Als Militärbischof geht es mir bei meinen Auslandsaufenthalten immer wieder unter die Haut, wenn ich sehe, von welchem Hass Menschen erfüllt sein können. Sie springen einander wie wild gewordene Hunde an die Kehle, sprengen Häuser von Andersdenkenden oder Angehörigen anderer Volksgruppen heimtückisch in die Luft. ... Was mich im Innersten beunruhigt, sind diese Feindseligkeiten unter den Menschen, ob nun in Bosnien oder im Kosovo, in Uganda oder in anderen Teilen der Welt.“

Immer mehr dringt heute in das öffentliche Bewusstsein, dass Gewalt und Krieg keine politischen Lösungen voran bringen oder gar ermöglichen. „Krieg ist immer eine Niederlage für die Menschheit“, hat Papst Johannes Paul II. im Kontext des Irak-Krieges unterstrichen. Sich auf das Böse einlassen, hat die Menschheit zu keinem Zeitpunkt weiter gebracht, wohl aber, wenn sie der Friedensbotschaft Jesu folgten. Walter Mixa: „Die einzige menschenwürdige und mögliche Lösung für die Überwindung unserer Probleme lautet nicht, man könne hier und jetzt eine heile Welt schaffen. Aber wir können mit Gewissheit bezeugen: Das Böse und der Tod haben nicht das letzte Wort, sondern diese absolute hingabebereite Liebe.“ Der christliche Gott will nicht bestrafen, sondern er intendiert das Heil für jeden Menschen. Durch Ehrfurcht vor Gott und vor den Menschen erwachsen neue Chancen für die Überwindung von Unfrieden.

Im Dienst der Versöhnung: Aufgaben und Perspektiven

Die Botschaft Jesu ist eine Botschaft des Friedens und der Liebe; sie baut nicht auf dem Schaden oder den Niederlagen anderer auf, sie findet keinen Gefallen daran, andere schlecht oder klein zu machen. Jedoch vermag die christliche Botschaft Orientierung zu vermitteln, was von zentraler Bedeutung in Zeiten ist, die in ihrer Mehrdimensionalität und Komplexität für den Einzelnen mitunter schwer zu verstehen sind. Der christliche Glaube vermag Antworten zu geben auf die Fragen nach Sinn und Ziel des menschlichen Lebens.

Die gegenwärtig größte gesellschaftliche Herausforderung erwächst aus dem Umstand, dass es in der bundesdeutschen Gesellschaft keinen Wertekonsens gibt, wir stattdessen einen tief greifenden Wertewandel erleben. „Grundwerte“, wie sie noch in den siebziger und achtziger weitgehend akzeptiert wurden, werden inzwischen in Frage gestellt. Dazu gehört, dass etwa Institutionen wie ‚Ehe‘ und ‚Familie‘ keine gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten mehr sind. Familien geraten vielfach in gesellschaftliches Abseits und in soziale Not. In einer Gesellschaft, der es an gemeinsamen Grundwerten mangelt, fällt Versöhnung und das gesellschaftliche Miteinander schwer. Hier vermag der christliche Glaube eine Hilfe sein, um Brücken zu bauen. Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung sind keine abstrakten Begriffe, sondern sie sind durch den verstorbenen Papst Johannes Paul II. und Papst Benedikt XVI., der als Joseph Kardinal Ratzinger das Vorwort zur vorliegenden Publikation schrieb, in überzeugender und vorbildlicher Weise mit Inhalt gefüllt. Die Verwirklichung von einem Mehr an Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung in dieser Welt stellt sich als Auftrag an jeden Christen und an alle Menschen guten Willens. Friedensförderung und Friedenssicherung in dieser Welt speist sich aus der christlichen Friedenshoffnung: „Ich bin die Auferstehung und das Leben. Wer an mich glaubt, wird leben, auch wenn er stirbt, und jeder, der lebt und an mich glaubt, wird auf ewig nicht sterben.“ (Joh 11,25-26)

Andreas M. Rauch

Die Bundeswehr

Detlef Bald: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955 – 2005, Verlag C. H. Beck, München 2005

Jedem Deutschen, der nochmals ein Gewehr anfasse, möge der Arm verdorren – so lautete die Parole im von der ultimativen, indes selbst verschuldeten, Katastrophe des Zweiten Weltkriegs verwüsteten Nachkriegsdeutschland des Jahres 1949. Ausgegeben hatte sie kein Geringerer als Franz Josef Strauß. Was ihn freilich nicht hinderte, Jahre später, nämlich auf dem Höhepunkt der Berlin-Krise 1961, von den USA den Einsatz der Atombombe zu fordern, um die Sowjets in ihre Schranken zu weisen. Fürwahr eine radikale Kehrtwende! Geradezu paradigmatisch spiegelt sich in dieser biographischen Episode die Remilitarisierung Deutschlands wider. Die institutionelle Manifestation dieser Entwicklung stellte die „neue Wehrmacht“ dar, später mit der offiziellen Bezeichnung „Bundeswehr“ versehen. Im laufenden Jahr feiert das politische Establishment dieser Republik das fünfzigjährige Bestehen ihrer Streitkräfte. Indes: Ob die Existenz eines notwendigen Übels irgendeinen Anlass für Festivitäten zu bieten vermag, darf füglichst bezweifelt werden. Trauer wäre entschieden angebrachter.

Wie auch immer man dazu stehen mag, allemal gerechtfertigt und darüber hinaus auch notwendig erscheint nach diesen fünfzig Jahren eine umfassende Bestandsaufnahme „Unserer Bundeswehr“. Diesem Unterfangen widmet sich der renommierte Münchener Politikwissenschaftler, Historiker und Friedensforscher Dr. Detlef Bald, durch eine Vielzahl einschlägiger Publikationen ausgewiesen als einer der profundesten Kenner des deutschen Militärs. Seine jüngst vorgelegte kritische Geschichte der bundesrepublikanischen Streitkräfte folgt vier prägnanten Etappen.

„Begründung des Staates durch Macht“ ist die erste betitelt und beschreibt die konstitutive Phase des neuen deutschen Militärs in den Jahren 1949 bis 1969. So unglaublich es klingen mag, die ersten, noch sehr diskreten Überlegungen zur deutschen Wiederaufrüstung wurden innerhalb der alten Militärelite bereits sechs Monate (!) nach der bedingungslosen Kapitulation des Naziregimes angestellt. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 setzten anschließend mit Billigung der Alliierten die konkreten, anfänglich noch geheim gehaltenen Planungen zur Aufstellung eines deutschen Militärkontingentes zur Verteidigung Westeuropas ein. Im folgenden zeichnet der Autor eine dichte und rückblickend nachgerade atemberaubendes Bild des Aufbaus der Bundeswehr. Marksteine der Entwicklung in jener Zeit bildeten das politische Tauschgeschäft von Souveränitätsgewährung gegen militärische Truppengestellung, die Rehabilitierung von Wehrmacht und Waffen-SS, die Integration der BRD in die westlichen Bündnisstrukturen, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Ausgestaltung der Wehrgesetzgebung, die heftigen Auseinandersetzungen um die Atombewaffnung, der beinhart ausgetragene Konflikt zwischen Traditionalisten und Reformern um die Innere Führung und das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform, die Durchsetzung des Primats der Politik und anderes mehr. Der konvulsiven und eklaträchtigen Anfangsphase folgte ein Etappe der „Reform und Stabilisierung“ in den Jahren 1969 bis 1982. Herausragende Themen in dieser Phase waren die aufkeimende Entspannungspolitik, die neue nukleare Abschreckungsdoktrin der NATO, die Reform des militäreigenen Bildungssystems von der Rekruten- bis zur Generalstabsausbildung, die sogenannte „Runderneuerung“ der Bundeswehr mit modernster Rüstungstechnik, der Disput um einen neuen Traditionserlass, die Pluralisierung und Demokratisierung des Militärs sowie quasi als Höhepunkte die essentiellen Konflikte um Neutronenbombe und atomare NATO-Nachrüstung.

Mit Beginn der rückwärtsgewandten Ära Kohl 1982 brach auch für die Bundeswehr eine Phase der „Konservativen Konsolidierung“ an, die sich bis ins Jahr 2000 hinziehen sollte. Ganz oben auf der Agenda stand der von der konservativen Bundesregierung demonstrierte „Mut zur Rüstung“, selbstverständlich in engstem Schulterschluss mit dem US-Verbündeten. Ein voller Erfolg jener Zeit stellte auch die traditionalistische Wende, verbunden mit der Rückkehr des Kämpfermythos aus glorreichen Wehrmachtszeiten dar. Die Innere Führung wurde reduziert auf bloße Sozialtechnologie, fortan war Kriegstüchtigkeit das Maß aller Dinge – die Traditionalisten hatten sich endgültig durchgesetzt. Das Ende des Kalten Krieges setzte neue Prioritäten, nämlich weitreichende Abrüstung, Abwicklung der NVA, Abzug von Atomwaffen und vor allem: Suche nach einem neuen Auftrag für Deutschlands Militär. Die sogenannte „Out-of-Area“-Debatte bewegte die Republik. Nach Art der Salami-Taktik setzte das sicherheitspolitische Establishment die Abkehr von der lange bewährten Kultur der Zurückhaltung durch. Am Ende bombte die deutsche Luftwaffe ohne völkerrechtliches Mandat gemeinsam mit der NATO auf dem Balkan. Im Inneren jedoch prägte Verkrustung das Klima. An der überkommenen

Wehrpflicht wurde unbeirrbar festgehalten, nur an der Öffnung des Dienstes für Frauen führte kein Weg vorbei.

Im letzten Teil seiner Betrachtungen unternimmt Bald den Versuch, die „Militärpolitischen Perspektiven“ der Zukunft aufzuzeigen. Aus der Diskussion um Völkerrecht, „humanitäre“ Intervention, Präventivkriegsdoktrin und Transformation der Bundeswehr leitet er abschließend Forderungskataloge an Militär und Politik ab. In der Bundeswehr selbst gilt es, die demokratische Pluralität durchzusetzen, das militärische Bildungswesen gründlich zu reformieren und die Innere Führung endlich komplette zu verwirklichen. Die Politik wiederum muss die Idee des Parlamentsheeres wiederbeleben, auf Liberalität in den Streitkräften bestehen und vor allem Militärpolitik als Friedenshandeln begreifen. „Die Herausforderung“, so der Autor, „ist eine neue Kultur des Friedens und der Sicherheit.“

Besonders hervorzuheben ist schlussendlich, dass der Verfasser mit seiner kritischen Historie der Bundeswehr keine simple Chronologie abliefern, sondern sie von Anfang bis Ende sehr gekonnt mit drei „roten Fäden“ durchwirkt. Diese analyseleitenden Elemente der bundesrepublikanischen Streitkräfteentwicklung bilden Geschichtsbezug, Internationalisierung und Demokratie. Diese Struktur bedeutet für den Leser und die Leserin eine zwar anspruchsvolle, aber eben auch interessante und abwechslungsreiche Lektüre, gilt es doch, über die zuvor skizzierten Kapitel hinweg diese diachron durch die geschilderte Historie verlaufenden Fäden immer wieder aufzunehmen und nicht aus dem Blick zu verlieren. Unter den Vorzeichen einer von der „Kultur der Zurückhaltung“ zur „Enttabuisierung des Militärischen“ gewandelten deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, deren Wesensmerkmal in zunehmendem Maße durch weltweiten Interventionismus bestimmt wird, ist dem vorliegenden Band eine breite Leserschaft zu wünschen.

Jürgen Rose

Der Fall Pfaff in der Presse: Eine Dokumentation

- *Das Gewissen geht vor. die tageszeitung, 23.6.2005, S. 2:*

Es ging nicht ums Völkerrecht, sondern um das Gewissen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig sprach den deutschen Major Florian Pfaff vom Vorwurf der Gehorsamsverweigerung frei, obwohl er Befehle im Zusammenhang mit der US-Militärintervention im Irak verweigert hatte. Die Leipziger Richter sahen hierin eine Gewissensentscheidung, die die Bundeswehr respektieren muss. Elegant vermied das Gericht so eine Antwort auf die Frage, ob der Irakkrieg der USA zulässig war. Major Florian Pfaff wollte sich am Angriffskrieg der USA gegen den Irak in keinsten Weise beteiligen, weil er ihn für unzulässig hielt. Auch jede deutsche Unterstützung der US-Intervention lehnte er aus diesem Grund ab. Er selbst arbeitete im Streitkräfteamt der Bundeswehr und entwickelte dort Software, die die logistischen und administrativen Prozesse der Bundeswehr steuern soll. Als der Irakkrieg im März 2003 begann, meldete sich Pfaff beim Militärdekan und beim Truppenarzt, um mit ihnen über seine Bedenken zu sprechen. Der Truppenarzt veranlasste daraufhin, dass Pfaff sofort auf seinen Geisteszustand untersucht wurde. Nach einer Woche im Bundeswehrkrankenhaus wurde Pfaff bescheinigt, dass mit ihm alles in Ordnung sei. Am nächsten Arbeitstag erschien der Major in Zivilkleidung im Amt, um deutlich zu machen, dass er sich nicht als Kombattant sehe. Später verweigerte er die Weiterarbeit an der Bundeswehr-Software, es sei denn, ihm werde garantiert, dass diese nichts mit dem Irakkrieg zu tun habe. Das Truppendienstgericht Nord in Münster entschied im Februar 2004, dass Pfaff gegen seine Dienstpflichten zum „treuen Dienen“ und zum Gehorsam verstoßen habe. Als Sanktion wurde er vom Major zum Hauptmann degradiert. Von einer Entlassung aus der Bundeswehr sah das Militärgericht ab, weil Pfaff als „leistungsfähiger und engagierter“ Soldat galt. Pfaffs Argument, er müsse laut Soldatengesetz völkerrechtswidrigen Befehlen nicht folgen, lehnte das Dienstgericht ab. Seine Software-Aufgaben hätten „keinerlei Kausalzusammenhang mit dem Irakkonflikt.“ Gegen diese Entscheidung ging Pfaff in Berufung zum Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig. Sein Vorgesetzter habe ausdrücklich „nicht ausgeschlossen“, so Pfaff, dass die Arbeit an der Logistiksoftware der Bundeswehr indirekt auch den Irakkrieg der USA unterstütze. Dies ließen auch die Leipziger Richter als Grundlage für eine Gewissensentscheidung gelten. Der Befehl zur Fortführung seiner Arbeit sei für Pfaff „unverbindlich“ gewesen, so das gestern veröffentlichte Urteil. Der Befehl habe „in der konkreten Lage“ das Grundrecht auf Gewissensfreiheit nicht verdrängt. Auch ein Soldat, der keinen Antrag auf Wehrdienstverweigerung gestellt hat, könne sich im Einzelfall auf die Gewissensfreiheit berufen. Pfaff habe die „Ernsthaftigkeit seiner Gewissensentscheidung glaubhaft“ gemacht. Der Bundeswehr sei die Konfliktlösung durch Versetzung des Majors in andere Bereiche zumutbar gewesen. Florian

Pfaff hatte sich allerdings gar nicht auf sein Gewissen berufen, sondern auf die Rechtslage. Nach seiner Ansicht war der von ihm verweigerte Befehl generell unzulässig. Soweit ging das Bundesverwaltungsgericht nun aber nicht. Das Urteil enthält überhaupt keine juristische Bewertung des Irakkriegs. Unklar ist, wie ein Urteil bei einer massenhaften Befehlsverweigerung in einem völkerrechtlich umstrittenen Einsatz aussehen würde, ob das Bundesverwaltungsgericht auch dann soldatenfreundlich entscheiden würde. Vermutlich dürfte bei einer Massenverweigerung die „Funktionsfähigkeit der Bundeswehr“ als konkurrierender Verfassungswert gegenüber der Gewissensfreiheit ein stärkeres Gewicht bekommen (Az.: 2 WD 12/04).

- *Befehl und Gehorsam heißt nicht Ja und Amen. Berliner Zeitung, 25. Juni 2005, S. 4.*

Soldaten müssen gehorchen. Ohne dieses Prinzip funktioniert keine Armee. Wenn im Einsatz erst einmal ein paar Stunden debattiert wird, hat der Gegner leichtes Spiel. Dennoch gilt in der Bundeswehr nicht der bedingungslose Gehorsam. Soldaten sollen Staatsbürger in Uniform sein, also nicht nur einsatzbereit, sondern auch freie und verantwortungsbewusste Persönlichkeiten. Das bedeutet: Sie können Nein sagen. Sie müssen es sogar, wenn sie einen Rechtsbruch befürchten. Auch Soldaten steht die im Grundgesetz garantierte Gewissensfreiheit zu. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist folgerichtig: Die Leipziger Richter haben einen Major vom Vorwurf der Befehlsverweigerung freigesprochen, der befürchtete, mit der Entwicklung eines Computer-Programms den Irak-Krieg indirekt zu unterstützen, den er für völkerrechtswidrig hält. Der Vorgesetzte hat Zweifel daran offenbar nicht ausräumen können, was bedenklich genug ist. Den Major deswegen zu degradieren, war eine falsche Reaktion: Die rechtliche Grundlage des Irak-Kriegs ist weltweit umstritten. Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr war nicht gefährdet. Ein anderer Computerexperte wurde gefunden. Für die Bundeswehr besteht keine Gefahr, nun im Chaos willkürlicher Befehlsverweigerungen zu versinken. Es ist vielmehr die Chance, ihre Operationen genauer zu definieren. Beeinträchtigt wird die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr durch unklare Vorgaben und knappe Kassen, aber sicher nicht durch Soldaten mit eigenem Kopf.

- *Keine Socke für den Krieg Süddeutsche Zeitung. 61 2005, S. 4.*

Major Florian Pfaff ist kein einfacher Fall für die Bundeswehr, auch wenn seine Vorgesetzten den Computerspezialisten als einen – im Prinzip – guten Soldaten loben. Florian Pfaff lehnt den Irak-Krieg so entschieden ab, dass er, als der Einmarsch losging, alle seine Handgriffe überprüfte, ob sie den aus seiner Sicht völkerrechtswidrigen Krieg unterstützen könnten. Pfaff verweigerte die Mitarbeit an der Entwicklung eines Logistik-Programms, weil es der US-Armee helfe, den Nachschub in den Irak effizienter zu machen. Keine Socke und keine Dose für den Krieg, das ist zunächst ein Zeichen von begrenzter Durchschlagskraft – dann tüfelt eben ein anderer an dem Programm. Die Bundeswehr hat sich aber doch getroffen gefühlt: Erstens, weil sonst jeder kommen könnte und vielleicht unter Berufung auf sein pochendes Gewissen alle möglichen Arbeiten ablehnt. Zweitens, weil es tatsächlich ein Problem ist, dass die Regierung zwar offiziell gegen den Irak-Krieg ist, die Bundeswehr aber indirekt die Anti-Saddam-Koalition unterstützt. Am Ende musste Pfaff zum Truppenarzt, der seinen Geisteszustand untersuchte; ein Bundeswehrgericht degradierte ihn vom Major zum Hauptmann. Pfaff hat dagegen geklagt und vor dem Bundesverwaltungsgericht Recht bekommen. Die Leipziger Richter befanden aus gutem Grund, dass in diesem Einzelfall das Gewissen Vorrang vor dem Befehl haben, auch vor dem Wunsch des Staates, dass seine Institutionen reibungslos funktionieren. Nicht Effizienz ist das höchste Gut des Rechtsstaates, sondern der Schutz seiner Grundrechte. Wie gut er das tut, zeigt sich am Umgang mit den Anstrengenden, den Nervenden, den Minderheiten.

- *Recht auf Gewissensfreiheit. Süddeutsche Zeitung. 61 2005, S. 5.*

Auch bei der Bundeswehr gilt das Grundrecht der Gewissensfreiheit. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in einem am Mittwoch bekannt gegebenen letztinstanzlichen Grundsatzurteil. Es hob damit die Bestrafung eines Soldaten auf, der im Zusammenhang mit dem Irakkrieg einen Befehl verweigert hatte. Major Florian Pfaff hatte sich im April 2003 geweigert, den Befehl seines Vorgesetzten auszuführen, an der Entwicklung eines militärischen Software-Programms mitzuwirken. Zur Begründung führte er laut Gericht an, er könne es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, Befehle zu befolgen, die geeignet seien, Kriegshandlungen im Irak zu unterstützen. Dabei wies Pfaff darauf hin, sein Vorgesetzter habe vor Befehlerteilung ausdrücklich nicht ausschließen können, dass mit der Arbeit an dem Projekt eine Bundeswehrebeteiligung an dem von ihm selbst als völkerrechtswidrig angesehenen Krieg gegen den Irak unterstützt werde. Das Truppendienstgericht degradierte den Soldaten daraufhin wegen eines Vergehens zum Hauptmann. Dagegen legte der Soldat Beruf ein und beantragte, ihn freizusprechen. Der Wehrdisziplinaranwalt legte ebenfalls Berufung ein und beantragte, den

Soldaten aus der Bundeswehr zu entfernen. Der 2. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig sprach nun den Soldaten frei. In der konkreten Lage werde das Grundrecht der Gewissensfreiheit nach Artikel 4 des Grundgesetzes durch den Befehl nicht verdrängt. Dieser sei deshalb für den Soldaten unverbindlich gewesen. Pfaff habe die Ernsthaftigkeit seiner Gewissensentscheidung glaubhaft dargelegt. Im vorliegenden Fall sei die „gebotene gewissensentlastende Konfliktlösung durch eine anderweitige Verwendung des Soldaten erfolgt“. Der Soldat könne sich auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit auch dann berufen, wenn er keinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt habe. Auch Berufssoldaten stünde das in der Verfassung verankerte Grundrecht der Gewissensfreiheit zu. Die Streitkräfte seien als Teil der vollziehenden Gewalt ausnahmslos an „Recht und Gesetz“ und insbesondere an die Grundrechte uneingeschränkt gebunden, urteilten die Richter. (Aktenzeichen: BVerwG 2 WD 12.04). Die Präsidentin der Kriegsdienstverweigerer-Zentrale, Bischöfin Margot Käßmann, äußerte sich erleichtert über das Urteil. Das Gericht stelle letztlich eine Selbstverständlichkeit fest. Grundrechte seien auch für Soldaten in Geltung. Niemand dürfe degradiert oder bestraft werden, weil er eine Gewissensentscheidung getroffen habe. Käßmann betonte auch ihr Verständnis für die ablehnende Haltung zum Irak-Krieg. Dafür sei weder ein Mandat der Vereinten Nationen gegeben gewesen, noch sei die Suche nach Massenvernichtungsmitteln beendet gewesen. Deshalb seien die Bedenken des Soldaten „verständlich und respektabel“.

- *Frei und gefährlich. Frankfurter Allgemeine, 23. Juni 2005, S. 1.*

Selbstverständlich gilt das Grundrecht der Gewissensfreiheit auch für Soldaten. Der „Staatsbürger in Uniform“ darf sogar den Dienst mit der Waffe verweigern. Zum Kriegsdienst darf niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden – das ist ein Grundrecht. Verfassungsrang hat jedoch auch die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr – und die hat das Bundesverwaltungsgericht nicht ausreichend im Blick gehabt, als es nun einen Major freisprach, der den Gehorsam verweigerte: Er hatte es abgelehnt, an einem Computerprogramm weiter mitzuwirken, mit dem womöglich eine Beteiligung der Bundeswehr an dem Irak-Krieg unterstützt worden wäre, den der Soldat für völkerrechtswidrig hielt. So richtig es ist, dass widerstreitende Verfassungswerte in einen schonenden Ausgleich gebracht werden müssen, so stehen die Soldaten doch in einem besonderen Pflichtverhältnis zum Staat. Das ist – trotz der zahlreichen Auslandseinsätze der Streitkräfte – offenbar im Lauf der Zeit verdrängt worden. Der an sich ehrenwerte Begriff vom „Staatsbürger in Uniform“ hat dabei zu Fehlvorstellungen geführt. Er suggeriert, der Bürger ziehe die Uniform an wie einen Blauemann und ansonsten bleibe alles beim alten – der Militärdienst als eine Beschäftigung wie jede andere. Zeichen dafür sind Dienstzeitregelungen, Gleichstellungsbeauftragte und ein Beschwerdewesen mit manchmal bizarren Auswüchsen; es fehlt nur noch das Streikrecht und der militärische Ernstfall als Kündigungsgrund für den Soldaten. Die Streitkräfte seien an Recht und Gesetz gebunden, stellen die Leipziger Richter fest. Davon könnten sie sich nicht unter Berufung auf die militärische Zweckmäßigkeit oder Funktionsfähigkeit freistellen. Dem Leipziger Wehrdienstsenat ist offensichtlich nicht klar, dass in den Streitkräften kaum noch etwas funktionierte, wenn das Beispiel des Stabsoffiziers Schule machen sollte. Es dürfte nicht viele Bundeswehrsoldaten geben, die nicht mittelbar zur Unterstützung der Vereinigten Staaten und anderer Nato-Partner im Irak-Krieg beitrugen – einem Krieg, aus dem sich Deutschland militärisch herausgehalten hat, den die Regierung aber auch nicht als verbotenen Angriffskrieg ansah. Eine lagebedingte Gewissensfreiheit des Soldaten nach Leipziger Art gefährdet die Bündnisfähigkeit und Sicherheit Deutschlands.

- *Befehlsverweigerung Rechtens. Frankfurter Allgemeine, 23. Juni 2005, S. 2.*

Der sicherheitspolitische Sprecher der Grünen, Nachwei, lobte auch, daß es der Soldat „als verantwortlicher und kritischer Staatsbürger in Uniform sehr genau wissen wollte, ob seine Mitarbeit an der Entwicklung eines militärischen Software-Programms eine indirekte Unterstützung des Irak-Krieges möglich gemacht hätte“. Auch die Präsidentin der Kriegsdienstverweigerer-Zentralstelle, die hannoversche Landesbischöfin Käßmann, äußerte sich „erleichtert“ über das Urteil. Das Bundesverwaltungsgericht habe eine Selbstverständlichkeit festgehalten, dass nämlich Grundrechte, insbesondere das Grundrecht auf Gewissensfreiheit, auch für Soldaten gälten. Frau Käßmann beurteilte das Verhalten des Soldaten, das sich auf den amerikanischen Irak-Krieg bezogen hatte, im Lichte der deutschen nationalsozialistischen Vergangenheit: „In der Zeit des Nationalsozialismus hätte manches anders ausgesehen, hätte es ein Bewußtsein dafür gegeben, daß auch in einer Armee das Einzelgewissen zählt und nicht nur Befehl und Gehorsam.“ Frau Käßmann forderte die Soldatinnen und Soldaten auf zu prüfen, ob sie die Ausführung von Befehlen mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten. Die Bedenken, im Irak-Krieg die Vereinigten Staaten zu unterstützen, seien „verständlich und respektabel“, da die Interventi-

on im Irak „von vielen Menschen in der Bundeswehr, aber auch in Politik und Gesellschaft insgesamt als völkerrechtswidrig“ angesehen worden sei.

- *Major Pfaff darf Gewissen haben. Neues Deutschland, 23. Juni 2005, S. 5.*

Nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes dürfen Soldaten der Bundeswehr verweigern. Das Leipziger Gericht sprach am Dienstagabend Major Florian Pfaff frei, der den Irak-Krieg der USA nicht unterstützen wollte. Er arbeitete an einem PC-Programm, bei dem die Gefahr bestand, dass es auch von der Angriffs-Allianz genutzt wird. Der Verfassungsgrundsatz der Gewissensfreiheit gelte auch für Berufssoldaten, die keinen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben, begründete das Gericht seine Entscheidung. So setzte sich der couragierte Offizier gegen eine Degradierung zum Hauptmann sowie gegen den Wehrdisziplinaranwalt durch, der ihn aus dem Dienst entfernen wollte. Die Präsidentin der Kriegsdienstverweigerer-Zentralstelle, Bischöfin Margot Käßmann, begrüßte das Urteil. Die Offiziere und Unteroffiziere des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“ beglückwünschten ihr Mitglied Pfaff.

- *DV 2 WD 12.04. Neues Deutschland, 23. Juni 2005, S. 4.* Seitdem Soldaten geordnet durch die Heide stolpern, gibt es in unseren Breiten für alles eine Dienstvorschrift, kurz DV genannt. Die neueste hat das Kürzel 2 WD 12.04 und sollte schnellstens in alle uniformierten Hirne dringen. Unter dieser Chiffre kann man eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes nachlesen. Das bestätigt, auch ein Soldat – also alles andere als ein Kriegsdienstverweigerer – darf seinem Gewissen folgen. Leider steht da nicht „muss“. Eine solche Verbindlichkeit täte der Truppe gerade jetzt, da ihr Minister immer öfter zu Kriegseinsätzen ruft, durchaus gut. Die Leipziger Richter stellen aber auch generellere Forderungen. Sie betonen, dass die Streitkräfte als Teil der vollziehenden Gewalt ausnahmslos an Recht und Gesetz (siehe Artikel 20 Absatz 2 des GG) gebunden sind. Das sehen die rot-grüne Bundesregierung, die bürgerlichen Parteien und sogar die Kollegen vom Bundesverfassungsgericht anders. Denn: Recht und Gesetz verlangen eigentlich, dass die Bundeswehr im Ausland nichts zu suchen hat und Angriffskriege unter Strafe stehen. Wer will, kann auch das im Grundgesetz nachlesen. Unabhängig von solchen generellen Erwägungen ist dem Bundeswehr-Major, der sein Nein zum Irak-Krieg – und damit sein Gewissen – vor Vorgesetzten wie Richtern verteidigte, Respekt zu zollen. Nicht nur von Friedensbewegten sollte ein „Habt acht!“ ertönen.

- *Recht auf Befehlsverweigerung. Welt Kompakt, 23. Juni 2005, S. 1.*

Soldaten können unter Berufung auf ihre Gewissensfreiheit die Ausführung von Befehlen verweigern. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschied in einem am Mittwoch veröffentlichten Urteil, dass der Bundeswehroffizier Florian Pfaff nach einer Gewissensentscheidung nicht wegen Verstoßes gegen die Gehorsamspflicht degradiert oder entlassen werden kann. In dem Fall hatte Pfaff im April 2003 einen Befehl verweigert, an der weiteren Entwicklung eines militärischen Softwareprogramms mitzuwirken. Der Staboffizier begründete dies damit, daß er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne, Befehle zu befolgen, die geeignet seien, Kriegshandlungen im Irak zu unterstützen. Sein Vorgesetzter konnte nicht ausschließen, daß mit der Arbeit an dem Programm eine Beteiligung der Bundeswehr am Krieg im Irak unterstützt werde. In diesem Zusammenhang kritisierte Pfaff weiter, daß Bundeswehrangehörige in Kuwait stationiert würden, deutsche Soldaten an Awacs-Flügen beteiligt seien, US-Liegenschaften in Deutschland bewachten und den im Irak kämpfenden US-Streitkräften Überflug- und Landrechte gewährt würden – was er für verfassungs- und völkerrechtswidrige Unterstützungsleistungen hielt. Florian Pfaff wertete seinen Freispruch als einen „Sieg der Moral über die Unmoral“. Er sei politisch „weder rechts noch links, sondern katholisch und konservativ“, sagte der 48jährige der „Leipziger Volkszeitung“. Der Major wird inzwischen im Sanitätsamt eingesetzt.

- *Gehorsam. Eine Gewissensfrage. Welt Kompakt, 23. Juni 2005, S. 10.*

Es ist schon lange her, daß der Satz „Befehl ist Befehl“ als erste und einzige Maxime des Soldatenberufs gelten durfte. Heute wird die Gehorsamspflicht durch den einschränkenden Zusatz ergänzt, „Ungehorsam liegt nicht vor, wenn ein Befehl nicht befolgt wird, der die Menschenwürde verletzt oder der nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt worden ist“. Diese doppelte Ausnahme ist vom Bundesverwaltungsgericht in einer Entscheidung um einen dritten Ausnahmetatbestand erweitert worden, den Einspruch des Gewissens. Es hat einen Major, der sich unter Hinweis auf den völkerrechtswidrigen Charakter des Irakkrieges geweigert hatte, an einem militärisch nutzbaren Software-Programm mitzuarbeiten, vom Vorwurf des Ungehorsams freigesprochen und eine damit verbundene Degradierung rückgängig gemacht. Die Entscheidung ist bemerkenswert, weil sie den bislang gültigen, halbwegs objektiven Kriterien ein rein subjektives hinzufügt, das Gewissen. Was ein dienstlicher Zweck ist, wird sich mit einiger Mühe noch feststellen lassen; was die Menschenwürde gebietet oder verbietet, ist schon

erheblich schwerer auszumachen. Beim Gewissen ist man endgültig im Weltreich des Subjektiven angelangt. Die Dignität seines Einspruchs abzuschätzen, gibt es nur ein probates Mittel: die Schwelle hoch zu legen. Das Bundesverwaltungsgericht hat sie gesenkt. Doch auch das Gewissen ist begründungspflichtig; wem es schlägt, den befreit es vom Selbertun. Von der Pflicht, die Gründe für sein Handeln oder Nicht-Handeln darzulegen, befreit es nicht.

- *Irak-Krieg rechtfertigt Befehlsverweigerung. Frankfurter Rundschau, 23. Juni 2005, S. 1.*

Im April 2003 hatte sich der 47-jährige Major geweigert, an einem neuen Computerprogramm der Bundeswehr mitzuarbeiten. Er begründete dies damit, dass er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, Befehle zu befolgen, mit denen Kriegshandlungen in Irak unterstützt würden. Er war wegen dieser Verweigerung vom Truppendienstgericht Nord im April 2004 zum Hauptmann degradiert worden. Der Wehrdisziplinaranwalt klagte sogar auf Entlassung aus der Bundeswehr. Der zweite Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig sprach den Mann vom Vorwurf des Dienstvergehens frei. Ein Verstoß gegen die Gehorsamspflicht liege nicht vor, heißt es in der am Mittwoch veröffentlichten Entscheidung. Der Soldat hatte den unter US-Regie geführten Irak-Krieg als völkerrechtswidrig beurteilt. Dabei war er von einer mittelbaren Beteiligung der Bundeswehr ausgegangen – weil Bundeswehrangehörige in Kuwait stationiert waren, sich deutsche Soldaten an Awacs-Aufklärungsflügen der Nato beteiligten, US-Liegenschaften in Deutschland bewachten und die US-Streitkräfte in Deutschland Überflug- und Landerechte hatten. Das seien „verfassungs- und völkerrechtswidrig Unterstützungsleistungen“, argumentierte der Major. Die schwierigen Völkerrechtsfragen, die sich aus der internationalen Einbindung der Bundeswehr ergaben, waren erstmals Thema vor dem Bundesgericht. Weil die genauen Urteilsgründe noch nicht veröffentlicht sind, bewertete das Verteidigungsministerium am Mittwoch die Gerichtsentscheidung nicht. Die Richter entschieden aber im Einzelfall, die Vorgesetzten hätten den Soldaten anderweitig einsetzen müssen. Der Befehl zur Mitarbeit an dem logistischen Software-Programm habe das Grundrecht auf Gewissensfreiheit nach Artikel 4 des Grundgesetzes „nicht verdrängt“. Der Vorgesetzte habe „ausdrücklich nicht ausschließen können“, dass mit der Arbeit am Projekt eine Beteiligung am Irak-Krieg unterstützt werde. Auch Berufssoldaten stehe das Grundrecht der Gewissensfreiheit zu, stellten die Richter fest. Die Streitkräfte seien ein Teil der vollziehenden Gewalt ausnahmslos an Recht und Gesetz und insbesondere an die Grundrechte gebunden. Der Vizechef der Grünen-Bundestagsfraktion, Winfried Nachtwei, reagierte „hoch erfreut“ auf das Urteil. Er sagte, Aufgaben und Einsätze der Bundeswehr seien „begrenzt durch Völkerrecht und unsere Verfassung“. Der Ungehorsam des Mannes verdiene Respekt.

- *Brisante Bewertung. Frankfurter Rundschau, 23. Juni 2005, S. 3.*

Ein hoch interessantes Urteil fällten die Bundesverwaltungsrichter in Leipzig. Denn verweigert hat nicht nur ein einzelner Soldat einen Dienst, den er als Unterstützung des Irak-Kriegs begriff. Verweigert hat auch das oberste Disziplinargericht die Gefolgschaft gegenüber der offiziellen (auch: rot-grünen) Version deutscher Nicht-Beteiligung. Und wäre nichts daran an den Argumenten des Majors, dies sei ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg gewesen, hätte er nicht freigesprochen werden dürfen. Dass etwas dran ist, bleibt sicherheits- wie demokratiepolitisch nicht erst jetzt hoch brisant. Die Deutschen sind über die Nato international integriert und durch die Stationierungsabkommen mit Washington lassen sie sich von den USA so leicht in deren weltweite Logistik einbinden, dass selbst im Fall grundsätzlicher politischer Abgrenzung ein Rest an routinemäßigem Mittun bleibt. Zum einen hat das Gericht den Grundrechtsschutz der Soldaten gestärkt. Ihr Recht also, sich eigene Gedanken über Hintergründe und Wirkungen einzelner Befehle zu machen – ganz im Sinne des Staatsbürgers in Uniform. Und notfalls Nein zu sagen. Zum anderen liegt spätestens jetzt ein ganz großes politisches Dilemma offen, aus dem es zwei Auswege gibt. Der falsche: Deutsche Gerichte behindern unter Hinweis auf das Grundgesetz die internationale Kooperation. Der richtige: Die Zusammenarbeit wird – auch gegen das wichtigste Partnerland – besser vor Missbräuchen geschützt. Denn das ist sie nicht.

- *Gewissensentscheidung entbindet Soldaten von der Gehorsamspflicht. Die Welt, 23. Juni 2005, S. 6.*

Auch Soldaten steht das Grundrecht auf Gewissensfreiheit zu. Sie müssen dafür nicht den Kriegsdienst verweigern. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig nahm deshalb die Degradierung eines Majors zum Hauptmann zurück. Der Offizier hatte sich 2003 geweigert, weiter an der Entwicklung einer militärischen Computer-Software mitzuarbeiten, weil seine Vorgesetzten nicht ausdrücklich ausschließen konnten, daß mit seiner Arbeit eine Unterstützung der Vereinigten Staaten im Irak-Krieg verbunden sein könnte. Der Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts sprach den Offizier vom Vorwurf des Dienstvergehens frei und hob die vom Truppendienstgericht Nord verfügte Herabsetzung zum Haupt-

mann auf. Der Disziplinaranwalt der Bundeswehr hatte sogar die Entlassung des Offiziers aus dem Dienst gefordert. Der 1957 geborene Offizier hatte nicht nur seine Mitarbeit an der militärischen Computer-Software verweigert, sondern auch das Verhalten der Bundesregierung im Irak-Krieg kritisiert. Er hatte unter anderem die Stationierung von Bundeswehr-Angehörigen in Kuwait mißbilligt. Außerdem hatte er kritisiert, daß deutsche Soldaten an Flügen von Awacs-Aufklärungsmaschinen teilgenommen und US-Liegenschaften in Deutschland bewacht hätten. Außerdem hatte er die Überflug- und Landerechte für US-Flugzeuge in Deutschland kritisiert. Der Offizier hielt dies für verfassungs- und völkerrechtswidrige Unterstützungsleistungen Deutschland für die USA im Irak-Krieg. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BverwG 2 WD 1204) liegt kein Verstoß gegen die im Soldatengesetz geregelte Gehorsamspflicht vor. Das Grundrecht der Gewissensfreiheit werde durch den Befehl nicht verdrängt. Daher sei der Befehl für den Soldaten, der die Ernsthaftigkeit seiner Gewissensentscheidung glaubhaft dargelegt habe, unverbindlich gewesen, entschieden die Richter. Die gebotene Konfliktlösung sei durch eine andere Verwendung des Soldaten erfolgt. In dem Urteil heißt es weiter, der Soldat könne sich auf das Grundrecht auf Gewissensfreiheit nach Artikel vier des Grundgesetzes ungeachtet dessen berufen, daß er keinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt habe. Auch die Streitkräfte seien an Recht und Gesetz und besonders an die Grundrecht gebunden und könnten sich nicht unter Berufung auf die militärische Zweckmäßigkeit davon freistellen. Die Präsidentin der Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer, Margot Käbmann, begrüßte das Urteil. Das Bundesverwaltungsgericht habe mit seiner Aussage, daß die Grundrecht auch für Soldaten gelten, eine Selbstverständlichkeit festgestellt. In der Zeit des Nationalsozialismus hätte manches anders ausgesehen, wenn es ein Bewußtsein dafür gegeben hätte, „daß auch in einer Armee das Einzelgewissen zählt und nicht nur Befehl und Gehorsam“. Käbmann rief die Soldaten dazu auf zu überprüfen, ob sie die Ausführung von Befehlen mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Der Grünen-Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei erklärte, die Grünen seien hochofreut über das Urteil, mit dem der Mut und die Rechtstreue eines Berufssoldaten anerkannt würden. Das Verhalten des Soldaten verdiene Respekt.

NEWS

- *Erster Deutscher in der belgischen Armee, Loyal H.2/2005*

Nach Öffnung der belgischen Streitkräfte für EU-Bürger hat nunmehr die Armee den ersten Deutschen eingestellt. Wie das Verteidigungsministerium in Brüssel mitteilt habe der 24-jährige Mann aus Münster im Januar seine 14-wöchige Grundausbildung in Südbelgien begonnen. Anschließend werde er in das Ardennenjäger-Regiment nach Marcé-en-Famenne versetzt. Der Deutsche hatte zunächst zwei Jahre in der Bundeswehr gedient. In Belgien beträgt seine Dienstzeit zunächst ebenfalls zwei Jahre, allerdings mit der Option auf weitere 24 Monate bzw. auf eine Übernahme als Berufssoldat.

- *W. Braun: Leben wie ein Kampfpilot, Psychologie heute H.6/2005*

Pendler, die einem unzuverlässigen öffentlichen Verkehrswesen ausgesetzt sind, können Stresspegel wie Kampfpiloten oder Polizisten erleben, die sich auf einen Einsatz vorbereiten. Der Psychologe David Lewis hat im Auftrag des Computerkonzerns Hewlett-Packard den psychischen Druck erforscht, dem britische Pendler ausgesetzt sind. Bei 125 freiwilligen Zugpendlern wurde über fünf Jahre hinweg die Gehirnaktivität, der Blutdruck und die Herzfrequenz untersucht. Die Werte waren beängstigend. Die bei Pendlern gemessenen Stresswerte übertrafen jene von Piloten in Flugsimulationen. Charakteristisch war dabei ein Ohnmachtsgefühl, hilflos einer Situation (Stau oder verspäteter Zug) ausgesetzt zu sein, ohne dagegen auch nur das geringste unternehmen zu können. Militärpiloten sind vergleichsweise geringeren Stressfolgen ausgesetzt, da ihr Training Bewältigungsstrategien enthält und sie außerdem großen kameradschaftlichen Rückhalt genießen. Pendler dagegen sind nicht nur isoliert, sondern empfinden ihr Umfeld auch noch als feindlich (Konkurrenz um den Sitzplatz).

- *Schweizer Bevölkerung mehrheitlich für eine Berufsarmee, Haltiner u.a. 2005, S. 123*

Die in den neunziger Jahren angestiegene Sympathie für eine Berufsarmee nimmt 2005 weiter zu. Konnte zwischen 1998 und 2000 eine steigende Tendenz zur Befürwortung einer Berufsarmee festgestellt werden, bewegten sich die Zustimmungswerte von 2000 bis 2003 wieder auf dem Niveau der neunziger Jahre. Dieser Trend wird 2004 und 2005 durchbrochen. Wenn auch nur leicht – aber seit Messbeginn zum ersten Mal – sind die BefürworterInnen einer Berufsarmee (46%, + 3%) gegenüber der Anhängerschaft der Milizarmee (44%, -5%) in der Überzahl. Insbesondere der Anteil derjenigen, die sich für eine Milizarmee aussprechen, ist gesunken und liegt damit so tief wie noch nie. Deutlich weniger als im Vorjahr, aber immer noch mehrheitlich befürworten die 18-29-Jährigen eine Berufs-

mee (56%, -5%). Vor allem die wehrtragende Alterskohorte sieht demnach einen schwindenden Sinn in der allgemeinen Wehrpflicht.

- *Großbritannien vermietet seine Soldaten, SZ 19. 09.2005*

Die britische Armee will Soldaten, Experten und Militärgebäude für Filmaufnahmen vermieten. Bei Anfragen würden Soldaten künftig gebeten, sich freiwillig für Dreharbeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem könnten 192 Liegenschaften der Armee gemietet werden, etwa die Militärakademie Sandhurst. Die Armee stelle auch Experten zur Verfügung, die Filmteams bei einer realistischen Darstellung helfen sollen. Der verteidigungspolitische Sprecher der konservativen Opposition im Unterhaus, Gerald Howard, sprach von einem „letzten Stadium der Erniedrigung“ für die Soldaten.

- *Bill Gates verdrängt Napoleon. Rheinischer Merkur, 8/2005, S. 6.*

Macht ist eine abstrakte Größe. Nur an wenigen Orten wird sie so greifbar wie an den Piers von Norfolk. Über fünf Kilometer erstrecken sich Fregatten, Zerstörer, Atom-U-Boote, vierzehn Hubschrauber- und sechs Flugzeugträger – die Atlantikflotte der USA und der Nato, mit 143 Schiffen größte Seemacht der Welt. Schon aus weiter Ferne sieht man, wie die Türme der Stahlkolosse in den Himmel ragen, die Landebahnen in der Sonne gleißeln. Für die Mitarbeiter, die morgens von der Stadt aus zum Nato-Hauptquartier für Transformation pendeln, eine tägliche Erinnerung daran, „dass da draußen Kunden warten“, wie es einer formuliert. Kunden, die schon etliche Schlachten geschlagen haben, ihre Kampfkraft aber noch gezielter, noch effizienter, noch tödlicher einsetzen wollen. Das Allied Command Transformation sieht dagegen äußerst zivil aus, ein glasverspielgelter Komplex mit einem Vorbau aus roten Backsteinen. Das Akronym ACT über dem Eingang liest sich im Englischen wie ein eigenes Wort und scheint jedem Herantretenden ein Motto auf dem Weg zu geben: „Act“, „Handle!“ So könnte auch ein Unternehmen der New Economy seine Mitarbeiter begrüßen. Das ist kein Zufall. Denn die Männer, die die Nato auf die Aufgaben des 21. Jahrhunderts einstellen sollen, reden mehr wie Unternehmensberater denn wie Soldaten. „Unsere Kunden sind die Nato und die Nato-Staaten“, sagt Michel Maisonneuve. „Denen müssen wir zeigen, dass wir Mehrwert generieren.“ Seit Sommer 2003 baut der kanadische Generalleutnant als Chef des Stabes das Hauptquartier Transformation auf. Das ist selbst schon eine Transformation, denn das ACT geht hervor aus dem Nordatlantik-Kommando der Nato, das einmal die imposante Flotte im Hafen führte. Auf ihrem Prager Gipfeltreffen hat sich die Allianz im Herbst 2002 eine neue Struktur gegeben. Danach werden alle dem Bündnis unterstellten Truppen nur noch von einem Kommando geführt, das im belgischen Mons sitzt. In Norfolk entsteht hingegen ein ranggleiches, mit 540 Mitarbeitern und 120 Millionen Euro Etat jedoch weit kleineres Hauptquartier, das den Umbau der Streitkräfte plant, fördert und kontrolliert. (...) Der Kanadier mischte den Laden auf, holte junges Personal und restrukturierte ihn nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Die Abteilungen wurden funktional vernetzt, die inneren Hierarchien reduziert. Auf den klimatisierten Gängen dominieren noch blaue Marineuniformen. Darunter mischen sich aber immer mehr Soldaten von Heer, Luftwaffe und Marineinfanterie. Auch das ist Programm: Das ACT stellt ein integriertes Hauptquartier dar. (...) Heute wird es von Admiral Edmund Giambastiani kommandiert, der auch das ACT führt. Die Botschaft dieser Doppelbesetzung: Amerika formt die neue Nato nach seinem Bilde. Damit haben die Soldaten anderer Staaten in Norfolk aber keine Probleme. „Wir profitieren von dem Erfahrungsvorsprung der USA. So bleiben wir bündnisfähig und die Amerikaner eingebunden in transatlantische Strukturen“, sagte ein deutscher Verbindungsoffizier. Nach dem Gastgeber stellt kein anderes Land mehr Soldaten und zahlt mehr Geld für das ACT wie die Bundesrepublik. Das liegt zum einen an die Vorgeschichte des Kommandos: Ursprünglich wollte US-Verteidigungsminister Rumsfeld das einzige Nato-Hauptquartier auf amerikanischem Boden schließen. Die westlichen Verbündeten, allen voran Deutschland, überredeten ihn jedoch zu der heutigen Lösung. Zum anderen profitiert auch die Bundeswehr von dem Engagement: Im Sommer 2004 eröffnete sie das Zentrum für Transformation in Waldbröl. Konzepte aus Norfolk fließen seither direkt in den Umbau der deutschen Streitkräfte ein – eine Kundenbeziehung ganz nach dem Geschmack Maisonneuves. Im Mittelpunkt des Nato-Transformationskommandos steht der Aufbau der Nato Response Force.

- *Irak-Krieg: US-Beamte warten vor Planungslücken. Welt kompakt, 19. August 2005, S. 9*

Ranghohe Beamte der US-Regierung haben noch kurz vor dem Einmarsch in den Irak vor gravierenden Lücken in der Nachkriegsplanung gewarnt. Dies geht aus bislang unter Verschluss gehaltenen Dokumenten hervor, die jetzt dem Sicherheitsarchiv der George-Washington-Universität in der US-Hauptstadt übergeben wurden. In einem Schreiben an die zuständige Staatssekretärin im US-Außenministerium schrieben drei Abteilungsleiter für Demokratie und Menschenrechte, internationale Strafverfolgung, sowie Migration und Flüchtlinge einen Monat vor der Invasion im März 2003: „Das

Versäumnis, Belange der kurzfristigen öffentlichen Sicherheit und humanitären Hilfe anzugehen, könnte zu schweren Menschenrechtsverletzungen führen und würde eine ansonsten erfolgreiche Militäraktion ebenso untergraben wie unser internationales Ansehen.“

- *Russland testet neue Interkontinentalrakete. Berliner Zeitung, 18. August 2005, S. 9.*

Russland hat am Mittwoch erfolgreich eine Interkontinentalrakete getestet. Die Rakete vom Typ RSM-54 wurde vom untergetauchten Atom-U-Boot Jekaterinburg aus der Barentssee abgefeuert. Etwa eine halbe Stunde später schlug die mit Atomsprenköpfen bestückbare ballistische Rakete auf dem Testgelände Kura auf der fernöstlichen Halbinsel Kamtschatka ein, teilte das Militär mit. Der Raketenstart wurde vom russischen Präsidenten Wladimir Putin von Bord des schweren atomgetriebenen Raketenkreuzers Pjotr Weliki beobachtet. 2004 war ein Test der Rakete gescheitert.

- *US-Militär foltert mit Kältekammern. Berliner Zeitung, 13./14. August 2005, S. 7*

US-Aufseher haben im Gefangenenlager Guantanamo nach Angaben eines ehemaligen Wachmanns vor allem drei Methoden eingesetzt, um Häftlinge gefügig zu machen: Kältekammern, Schlafentzug und Fesselungen. Das erklärte der frühere Aufseher Sean Baker in einem Interview von Spiegel TV, das am Freitag vorab veröffentlicht wurde. Er beschrieb, wie die Gefangenen für die Verhöre durch FBI und Geheimdienste gefügig gemacht worden seien. Häftlinge seien abwechselnd in Kälte- und Hitzekammern gesperrt worden. Laut Baker dauerte die Behandlung oft viele Stunden. „Die Gefangenen waren danach jedes Mal völlig fertig.“ Daneben seien Insassen stunden- oder tagelang an die Stahlböden ihrer Zellen gekettet worden. Zu den beliebtesten Methoden haben der Schlafentzug gehört.

- *Taiwan stationiert Marschflugkörper. Berliner Zeitung, 13./14. August 2005, S. 7.*

Taiwan hat einem Zeitungsbericht zufolge mit der Stationierung von selbst entwickelten Marschflugkörpern begonnen, die militärische Ziele im Südosten der Volksrepublik China treffen könnten. Die Cruise Missiles seien auf mobilen Inseln stationiert worden, berichtete die taiwanische Zeitung China Times am Freitag.

- *Pakistan testet Trägerrakete für Atomwaffen. Berliner Zeitung, 12. August 2005, S. 7.*

Pakistan hat am Donnerstag erstmals einen atomwaffenfähigen Marschflugkörper getestet. Nach Angaben der Streitkräfte hat die Rakete vom Typ Babur eine Reichweite von 500 Kilometern. Wo sie startete, wurde nicht mitgeteilt. Das pakistanische Außenministerium erklärte, das Nachbarland Indien sei nicht vorab informiert worden. Ein am vergangenen Wochenende geschlossenes bilaterales Abkommen zur gegenseitigen Vorab-Information über Raketentests beziehe sich nicht auf Marschflugkörper, hieß es zur Begründung.

- *US-Militär soll Terror im Inland abwehren. Berliner Zeitung, 9. August 2005, S. 7.*

Das US-Militär soll einem Bericht der Washington Post zufolge bei der Abwehr von terroristischen Anschlägen im Inland eingesetzt werden. Das Militär habe 15 Konzepte für die Bekämpfung terroristischer Angriffe ausgearbeitet, meldet die Zeitung am Montag unter Berufung auf hohe US-Offiziere, die die als geheim eingestuften Pläne mitentwickelt hätten. Ähnlich wie in Deutschland ist auch in den USA der Einsatz des Militär im Inneren des Landes verfassungswidrig.

- *Israels Armee fahndet nach bewaffneten Deserteuren. Berliner Zeitung, 9. August 2005, S. 7.*

Israels Armee sucht nach dem tödlichen Anschlag eines fahnenflüchtigen Soldaten auf arabischen Israelis nach neun weiteren bewaffneten Deserteuren. Mehrere hundert Israelis hätten sich unerlaubt vom Armeedienst entfernt, neun seien bewaffnet, sagte am Montag Verteidigungsminister Schaul Mofas.

- *Indien und Pakistan richten „rotes Telefon“ ein. Berliner Zeitung 8. August 2005, S. 6.*

Die verfeindeten Atommächte Indien und Pakistan haben vereinbart, eine Telefon-Notfallverbindung zwischen den Regierungen in Neu Delhi und Islamabad einzurichten. Die „rote Leitung“ solle helfen, „in Hinblick auf Nuklearfragen Missverständnisse zu vermeiden und Risiken zu reduzieren“, erklärte das indische Außenministerium.

- *US-General plant im Irak Truppenreduzierung. Berliner Zeitung 8. August 2005, S. 6.*

Der US-Oberbefehlshaber für den Nahen Osten hat einen Plan für die Reduzierung der US-Truppen im Irak erstellt. Wie die New York Times am Sonntag berichtete, sieht der Entwurf von General John Abizaid vor, die Truppen bis Mitte kommenden Jahres um 20 000 bis 30 000 Mann zu verringern. Eine solche Verkleinerung hänge aber von den Bedingungen vor Ort ab. Dem Bericht zufolge warnte Abizaid zudem bei einem geheimen Briefing vergangenen Monat, dass die Truppenstärke im Irak

möglicherweise bis 2006 bei rund 138 000 Soldaten gehalten werden müsse, wenn die politische und die Sicherheitslage sich nicht verbesserten.

- *Dem Pentagon geht die Munition aus. Berliner Zeitung 29. Juli 2005, S. 7.*

Der Antiterrorkrieg und die Besetzung des Irak haben den Munitionsbedarf der US-Armee so in die Höhe geschraubt, dass es nicht mehr im eigenen Land gedeckt werden kann. Wie die Rechnungsprüfungsstelle des Kongresses am Mittwoch mitteilte, hat sich der Bedarf der Armee an kleinkalibrigen Patronen von jährlich 739 Millionen auf knapp 1,8 Milliarden mehr als verdoppelt. Bei Patronen mittleren Kalibers stieg er von 11,7 auf 22 Millionen.

- *US-Koalition tötet seit März 2003 tausende Iraker. Berliner Zeitung, 20. Juli 2005, S. 5.*

Im Irak sind seit Beginn des Kriegs im März 2003 fast 25 000 Zivilisten eines gewaltsamen Todes gestorben, 37 Prozent davon durch die Truppen der US-geführten Koalition. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Studie von britischen Forschern der Oxford Research Group und Iraq Body Count, die am Dienstag in London vorgestellt wurde. Neun Prozent kamen bei Anschlägen von Aufständischen gegen Sicherheitskräfte oder irakischen Behördenvertreter ums Leben, elf Prozent durch Anschläge „unbekannter Agenten“. 39 Prozent der Toten wurden laut der Studie Opfer krimineller Gewalt. Am Dienstag waren drei Mitglieder der irakischen Verfassungskommission in Bagdad auf offener Straße erschossen worden.

- *Die Armee sucht Lernschwache. Berliner Zeitung, 23./24. Juli 2005, S. 7.*

Als sie vor ein paar Jahren ihr Amt antrat, sagte Frankreichs Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie, dass es schön wäre, wenn man die Armee eines Tages gar nicht mehr bräuchte. Weil dies ein Hinweis darauf wäre, dass die Welt wirklich besser geworden ist. Bis es so weit ist, macht sie den Job, der nach ihren Worten darin besteht, Krisen zu verhindern oder zumindest abzumildern. Bislang dachte man da vor allem an internationalen Terrorismus und an Einsätze in gefährdeten Gegenden dieser immer noch ziemlich schlechten Welt. Doch jetzt greift das Militär auch im Inland ein – bei der Jugendarbeitslosigkeit, die in Frankreich mit 23 Prozent besonders hoch ist. Zwanzigtausend Jugendliche mit Lernschwächen und sozialen Problemen will die Ministerin künftig jedes Jahr in Kasernen auf das Arbeitsleben vorbereiten. Ausgediente Militärs sollen den jungen Leuten im Alter zwischen 18 und 21 Jahren Disziplin und Willensstärke beibringen. „Es geht zunächst darum, ihnen eine Verhaltensausbildung zu geben, ihnen beizubringen, morgens aufzustehen, regelmäßigen Beschäftigungen nachzugehen“, sagt Michèle Alliot-Marie. Später geht es dann um Dinge wie Schreiben, Lesen und Rechnen – „Sachen, die sie nie gelernt haben“, wie die Ministerin mit einigem Entsetzen sagt. In einer dritten Phase sollen die Jugendlichen schließlich auf einen Beruf in Pflegediensten, in der Bauwirtschaft oder im Sicherheitsgewerbe vorbereitet werden. Die Jugendlichen werden in vierzig ehemaligen Armeestandorten untergebracht, tragen während ihrer Ausbildung eine Uniform und bekommen dreihundert Euro Taschengeld im Monat. Die französische Berufsarmee, die in den vergangenen Jahren einige Probleme mit der Rekrutierung hatte, verspricht sich von dem Programm auch neue Soldaten. Die Kurse, die bis zu zwei Jahre dauern können, sind freiwillig. Keiner der Problem-Jugendlichen kann gezwungen werden, diese „zweite Chance“ zu nutzen, wie die Verteidigungsministerin es nennt.

- *Kriegsverbrecherprozess gegen britische Soldaten. Berliner Zeitung, 21. Juli 2005.*

Drei britische Soldaten müssen sich in einem Kriegsverbrecherprozess wegen der unmenschlichen Behandlung von Gefangenen im Irak verantworten. Sie sollen im September 2003 in Basra irakische Gefangene misshandelt haben, dabei sei ein Häftling umgekommen. Das gab der britische Generalstaatsanwalt Lord Goldsmith bekannt. Nach diesen Angaben wird insgesamt elf Soldaten wegen krimineller Vergehen im Irak der Prozeß gemacht.

- *Türkei droht mit Einmarsch in Nordirak. Berliner Zeitung, 21. Juli 2005, S. 8.*

Der türkische Premier Recep Tyyip Erdogan hat erneut mit einem Einmarsch türkischer Truppen in den Norden des Irak gedroht. „Unsere Geduld hat eine gewisse Grenze erreicht“, sagte Erdogan am Mittwoch der Zeitung Hürriyet. Er bezog sich dabei auf die jüngsten Anschläge der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in der Türkei. Die PKK nutze die kurdischen Gebiete im Norden Iraks als Rückzugsraum, so Erdogan. Er kritisierte auch die Zurückhaltung der USA. Die Vereinigten Staaten lehnen türkische Militäroperationen ab und fordern ein abgestimmtes Vorgehen mit der irakischen Regierung.

- *Opium vom Hindukusch. Berliner Zeitung, 30. Juni 2005, S. 8.*

„Das Schicksal des weltweiten Heroinhandels hängt weitgehend von Afghanistan ab“, stellt das „Büro für Drogen und Verbrechen der Vereinten Nationen“ (UNODC) in seinem am Mittwoch vorgestellten aktuellen „Drogenreport 2005“ fest. Am Hindukusch werden rund drei Viertel der Weltproduktion an Opium, der Grundlage für Heroin, produziert. Doch diese Konzentration auf ein Land bietet aus Sicht

der UN-Experten auch eine Chance: „Schneller Fortschritt innerhalb weniger Jahre bei der Auslöschung der Opiumproduktion in Afghanistan könnte dazu beitragen, dass der Weltheroinmarkt austrocknet“, heißt es in dem Bericht. Nur wenn es schnell geht, so die Logik, haben Mohnbauern und Heroinproduzenten keine Chance, sich umzustellen und Alternativen zu entwickeln. Vorläufig gibt es wenig Anlass zu Optimismus. Denn am Hindukusch blüht unter den Augen von Nato und rund 18 000 Soldaten der Schlafmohn. Aus der zweiten traditionellen Anbaugegend – Südostasiens „Goldenem Dreieck“ – kommt dagegen immer weniger weißer Stoff. In Burma sind die Kampagnen der Militärregierung so erfolgreich, dass zwei Millionen Bauern im Shan-Staat der Hunger droht. Von den USA bis Deutschland springen Regierungen nun mit Geld ein, um ihnen zu helfen und ihre Rückkehr zum Mohnanbau zu verhindern. Aber was in Südostasiens Ländern Burma, Thailand und Laos nach jahrzehntelangen Bemühungen zu gelingen scheint, liegt am Hindukusch in weiter Ferne. „Anders als im Goldenen Dreieck“, beschreibt der Drogenreport die Gründe, „ist die Opiumproduktion in Afghanistan eng mit der gesamten politischen und sozioökonomischen Entwicklung verzahnt“. Im Klartext: Lokale Kriegsfürsten und Provinzbehörden stecken bis über beide Ohren im Drogengeschäft. Aus politischen Erwägungen und aus Furcht um die prekäre Sicherheitslage schaut deshalb vor allem Großbritannien, das am Hindukusch das Mandat zur Bekämpfung des Drogenanbaus hält, lieber weg. Auch die Bundeswehr darf nicht gegen Drogenhändler vorgehen, weil der Bundestag so beschlossen hat. Nach Einschätzung der UN-Experten wird das Opium in Afghanistan zu Morphin verarbeitet und geht über zwei Routen zum Hauptabsatzmarkt Europa. Eine Drogenstraße führt über Tadschikistan, die zweite über den Iran, die Türkei und den Balkan. Die Labors, in denen Heroin produziert wird, stehen vor allem in Zentralasien, im Iran, in der Türkei und im Nordirak.

- *Halliburton soll im Irak abkassiert haben. Berliner Zeitung, 29. Juni 2005, S. 12.*

Es ist bestimmt kein Zufall, dass just einen Tag vor der Rede von US-Präsident George W. Bush über die Zukunft des Irak ausgerechnet der umstrittene Konzern Halliburton wieder negativ in den Schlagzeilen aufgetaucht ist: Halliburtons Tochterfirma Kellogg Brown & Root (KBR) soll für Aufträge im Irak eine Milliarde Dollar (rund 820 Millionen Euro) zu viel berechnet haben, heißt es in einem Bericht, den die oppositionellen Demokraten am Montag in Washington vorlegten. Die Zulässigkeit von Ausgaben in Höhe von weiteren 422 Millionen Dollar sei zumindest zweifelhaft. KBR war bereits in der Vergangenheit wegen des Vorwurfs überhöhter Rechnungen für die Versorgung amerikanischer Soldaten im Irak in die Kritik geraten. Kritik hagelte es auch, nachdem KBR ohne Ausschreibung den Auftrag erhielt, die irakischen Ölfelder in Stand zu setzen. Weitere Teile der amerikanischen Öffentlichkeit bringen Halliburton große Skepsis entgegen, weil der Konzern einst vom heutigen Vize-Präsidenten Dick Cheney geführt wurde. Das deutet auf eine mögliche Verbindung zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Interessen Cheneys hin. (...) Im nun vorgelegten Bericht, der sich im wesentlichen auf Untersuchungsergebnisse der hausinternen Prüfungskommission des Verteidigungsministeriums beruft, werden die Vorwürfe konkretisiert. So soll KBR, die bis zum vergangenen September insgesamt 8,6 Milliarden Dollar für die logistische Versorgung der Soldaten vom Pentagon erhielt, über 800 Millionen Dollar zu viel berechnet haben. Beispiele für den Missbrauch bietet der Bericht zuhauf: So soll KBR dem Pentagon 45 Dollar für Kartons mit Erfrischungsgetränken berechnet und für das Waschen von weniger als sieben Kilogramm Kleidung 100 Dollar verlangt haben. Für 2 500 Soldaten wurden Videofilme für 152 000 Dollar gekauft und dazu Geräte im Wert von 500 000 Dollar, die nie jemand benutzte. Während der Präsentation des Reports brachte ein ehemaliger KBR-Mitarbeiter noch drastischere Vorfälle ans Licht. So soll die Firma der US-Armee täglich 20 000 Mahlzeiten in Rechnung gestellt haben, während tatsächlich lediglich 10 000 Mahlzeiten ausgegeben wurden. Nach einem Angriff auf einen Nahrungsmittel-Konvoi habe er den Auftrag erhalten, die Nahrungsmittel von Kugeln und Granatsplittern zu säubern und an die Soldaten zu verteilen. Nachdem der betroffene Mitarbeiter die Prüfer des Pentagon über die Missstände informiert hatte, wurde er nach eigener Darstellung aus Rache an die gefährlichere Militärbasis in der umkämpften Stadt Falludscha versetzt. In einer ersten Stellungnahme wehrte sich Halliburton gegen die Vorwürfe. In einer E-Mail an die New York Times nannte Halliburton-Sprecherin Caty Gist-Mann die jüngste Kritik politisch motiviert. Ihrer Darstellung nach waren die Rechnungen des Unternehmens „fair und den Umständen entsprechend vernünftig“. Doch selbst innerhalb des Pentagon gibt es heftige Kritik: Eine langjährige Mitarbeiterin äußerte Missfallen über die Art und Weise der Auftragsvergabe an KBR. Vor allem der Auftrag zur Instandsetzung der Ölfeder sei „der unverblümteste und gravierendste Verstoß gegen die Regeln der Auftragsvergabe“ gewesen, den sie in ihrer Karriere gesehen habe.

- *Österreich halbiert Zahl der Soldaten, SZ 08. 06. 2005*

Nach Aussagen des österreichischen Verteidigungsministers Günther Platter soll die Zahl der Soldaten von 110 000 auf 55 000 reduziert werden. Die Dauer des Wehrdienstes wird im kommenden Jahr von acht auf sechs Monate herabgesetzt. Von den mehr als 130 Liegenschaften des Bundesheeres sollen 37 Prozent verkauft werden. Insgesamt sollen 28 Kasernen und 16 weitere Einrichtungen geschlossen werden. Die Zahl der Brigaden wird von fünf auf vier reduziert. Kritik an der Reduzierung kommt vor allem aus den Reihen der FPÖ. In der Bevölkerung unterstützt in Umfragen eine Mehrheit die Reform.

- *Stiftungsprofessur „Europäische Sicherheitspolitik“, Der Soldat 08.06. 2005*

Mit der Antrittsvorlesung „Die sicherheitspolitische Konstellation Europas“ startete Prof. Alexander Siedschlag an der Universität Innsbruck gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung die neu geschaffene Stiftungsprofessur „Europäische Sicherheitspolitik“ an der Fakultät für Politikwissenschaften und Soziologie. Erster Inhaber des Lehrstuhls ist Prof. Anton Pelinka.

- *Wofür riskieren Soldaten ihr Leben? Berliner Zeitung, 7. Juni 2005, S. 4.*

Vorbei ist die Zeit, in der grundsätzlich über Sinn und Notwendigkeit der Bundeswehr gestritten wurde. Vorbei ist auch die Phase der großen politischen Auseinandersetzungen über die Verwendung der bundesdeutschen Armee. Selbst über die wichtigsten Strukturfragen herrscht inzwischen in Deutschland zwischen allen großen Parteien Einigkeit: Dass die Bundeswehr in Zukunft vor allem für Auslandseinsätze benötigt wird, und dass sie dafür anderes Personal und andere Ausrüstung braucht als früher. Bei allen Differenzen über die Zukunft der Wehrpflicht und die Höhe des Wehrbudgets: Bemerkenswert ist heute, 50 Jahre nach der heiß umstrittenen Gründung der Bundeswehr, wie groß der Konsens ist, dass Deutschland eine weltweit tätige Interventionsarmee braucht. Noch nicht einmal die Mehrheit der Grünen ist dagegen. Diese Akzeptanz verdankt die deutsche Armee einer über mehr als ein Jahrzehnt hinweg betriebenen, überaus geschickten Strategie ihrer politischen Befehlshaber. (...) Mit jedem Auslandseinsatz wurden die Aufgaben anspruchsvoller und gefährlicher, rückte die Bundeswehr einen Schritt näher an die Führung von Kriegen heran. Zugleich wuchs mit jedem dieser Einsätze die Gewöhnung und die Akzeptanz in der Bevölkerung daheim. Selbst die Teilnahme am völkerrechtlich fragwürdigen Kosovo-Krieg führte letztlich nicht dazu, die Neuorientierung der Bundeswehr infrage zu stellen. Dazu trug bei, dass Gerhard Schröder und Joschka Fischer im Herbst 1998, noch bevor sie ihre Ämter in der frisch gewählten Bundesregierung antraten, den USA versprachen, Deutschland werde sich an einem solchen Krieg beteiligen. Erst vier Jahre später, als es um den Irak ging, zog Schröder zum ersten Mal eine klare Grenze für das Engagement. Keine militärischen Abenteuer, sagte Schröder damals; eine Aussage, die im deutschen Publikum auf so heftigen Beifall stieß, dass sie ihm im Herbst 2002 die Wiederwahl bescherte. Was Schröder damals allerdings nicht sagte – auch seither nicht nachgetragen hat – ist eine Definition, wo der notwendige und legitime Militäreinsatz aufhört und das Abenteuer anfängt. Denn um eine solche Abgrenzung überhaupt treffen zu können, brauchte es eine Definition der Interessen, die für Deutschland so lebenswichtig sind, dass deutsche Soldaten dafür in den Krieg ziehen sollen. Vor einer solchen Definition ist bisher aber noch jede Regierung der Nachwend-Zeit zurückgeschreckt, aus Angst, es könnten ihr die Hände gebunden werden. Unstrittig ist, dass die Bundeswehr zu allererst zur Verteidigung der Heimat da ist. Wenn es um Präventivmaßnahmen gegenüber möglichen Angreifern geht, gehen die Meinungen allerdings weit auseinander. Unstrittig ist auch der Einsatz der Bundeswehr zur Friedenssicherung und zur Linderung humanitärer Notsituationen. Anders sieht es aus, wenn einer Regierung bei ihrem Tun im eigenen Land Einhalt geboten werden soll. Der US-Forderung, man müsse „kriminelle“ Regierungen stoppen, möchten sich die deutschen Politiker nicht anschließen. Aber zur Rechtfertigung des Kosovo-Krieges haben sie sich genau dieses Arguments bedient. Worüber es schließlich gar keine Debatte gegeben hat, ist die Frage, ob es auch wirtschaftliche Interessen – beispielsweise den Zugang zum Erdöl – gibt, die einen Krieg rechtfertigen können. Die Konsequenz aus diesem Schweigen ist unschön: Nicht nur die Politiker, auch die Bürger haben es versäumt, darüber nachzudenken, für was die deutschen Soldaten ihr Leben riskieren sollen. Das führt zu Unwägbarkeiten in den politischen Entscheidungen und vergrößert die Gefahr, dass die Bundeswehr in Missionen hineinstolpert, für die es daheim keine stabile Unterstützung daheim gibt. Das Aufwachen könnte bitter sein, sollte ein Einsatz schief gehen. Rot-Grün hat es in sieben Jahren versäumt, eine Sicherheitsstrategie zu entwickeln. Die nächste Regierung muss es tun.

- *Vertragsabschluss über Rüstungsprojekt MEADS. Berliner Zeitung, 2. Juni 2005, S. 13.*

Das Industriekonsortium MEADS International hat am Mittwoch den Entwicklungsvertrag für das Raketenabwehrsystem mit der NAT unterzeichnet. Damit sicherten sich die drei Mitgliedsunterneh-

men des Konsortiums Lockheed Martin aus den USA, MBDA aus Italien und EADS/LFK aus Deutschland einen Auftrag im Volumen von rund 2,8 Milliarden Euro für die Entwicklung dieses Systems bis 2013, teilte das Konsortium mit. Von diesem Auftrag entfallen gemäß dem Finanzierungsbeitrag der einzelnen Länder 58 Prozent auf die USA, 25 Prozent auf Deutschland und 17 Prozent auf Italien.

- *FARC-Rebellen töten Soldaten in Kolumbien. Berliner Zeitung, 27. Juni 2005, S. 10.*

Linksgerichtete Rebellen haben in Kolumbien mindestens 25 Soldaten getötet, wie die Streitkräfte mitteilten. Weitere 18 Soldaten wurden nach Zusammenstößen mit den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) am Samstag vermisst. Die Kämpfe begannen im Staat Putumayo, als bis zu 300 Aufständische einen Konvoi der Streitkräfte überfielen. Zudem seien Ölanlagen Ziel von Angriffen geworden.

- *Blutige Rache. Welt Kompakt, 20. Juni 2005, S. 32.*

In einem rasenden Rachefeldzug hat ein südkoreanischer Soldat gestern acht seiner Kameraden getötet. Der 22-jährige Kim Dong Ming war offenbar monatelang von seinen Vorgesetzten und Mitsoldaten gehänselt und schikaniert worden, bevor er schließlich am frühen Sonntag morgen Amok lief. Seit fünf Jahren hat die Armee Südkoreas nicht mehr so viele Verluste auf einen Schlag beklagen müssen, berichtet die Nachrichtenagentur Yonhap – und das ohne feindlichen Zusammenstoß. Schauplatz des Blutbads war das Militärlager Yoecheon direkt an der schwerbewachten Grenze zu Nordkorea, rund 60 Kilometer nördlich der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Im Morgengrauen gegen 2.30 Uhr, nach dem Ende seiner Nachwache, war der Gefreite Kim in die Baracke seiner Kameraden gekommen, um seine Ablösung aufzuwecken. Als er aber neben diesem Soldaten das schlafende Gesicht eines älteren Soldaten sah, der ihn des öfteren drangsaliert habe, sei er ausgerastet, gestand er beim Verhör. Er warf eine Handgranate in Richtung des Bettes. Bei der folgenden Explosion schreckten die 25 Soldaten aus dem Schlaf hoch, und Chaos brach aus. Kim riß das Gewehr eines Kameraden an sich und feuerte um die 40 Schüsse in den Raum. Vier Männer starben bereits bei der Explosion, zwei weitere fielen im Kugelhagel. Anschließend rannte der Gefreite nach draußen und tötete zwei seiner Vorgesetzten. Beim anschließenden Verhör gestand Kim Dong Ming, der erst seit einem halben Jahr beim Militär dient, blinde Wut habe ihn übermannt.

- *Irakisches Waffenmaterial verschwand tonnenweise. Berliner Zeitung, 26. Mai 2005, S. 9.*

Tonnen von Materialien und Maschinen zur Fertigung chemischer, biologischer und nuklearer Waffen sind seit dem Einmarsch der Koalitionstruppen in den Irak 2003 verschwunden. Nach jüngsten Erkenntnissen der UN-Waffenkommission UNMOVIC wurden 109 Waffenproduktionsanlagen des gestürzten Saddam-Regimes ausgeraubt. Das sind 19 mehr als bisher bekannt. UNMOVIC hatte vor dem Irakkrieg über Jahre die Waffenkapazität von Saddam kontrolliert und Listen über das Inventar der insgesamt 378 Produktionsstätten geführt.

- *Rüstungskonzern Rheinmetall kauft Munitionshersteller. Welt Kompakt, 26. Mai 2005, S. 14.*

Der Rüstungskonzern und Autozulieferer Rheinmetall will seine Rüstungssparte durch Zukäufe stärken. Rheinmetall übernimmt 50 Prozent des Sensorenherstellers AIM Infrarot-Module GmbH und den österreichischen Munitionsproduzenten Arges ganz, teilte das Unternehmen mit, ohne den Kaufpreis zu nennen. Rheinmetall verfolgt die Strategie, das Geschäft durch kleinere Zukäufe abzurunden und auf größere Akquisitionen zu verzichten. AIM baut Sensoren unter anderem für Nachsichtgeräte. Mit dem Kauf des bisherigen Konkurrenten Arges setze sich Rheinmetall an die Spitze in einem immer schneller wachsenden Markt für sogenannte Mittelkalibermunition. Als Wachstumsmarkt habe Rheinmetall dabei speziell die USA im Auge, sagte der Rheinmetall-Sprecher. Beide Transaktionen müssen noch vom Kartellamt genehmigt werden.

- *Verhandlungsstart für Bundeswehr-IT. Berliner Zeitung, 20. Mai 2005, S. 5.*

Nach monatelanger Verzögerung stehen die Verhandlungen des Verteidigungsministeriums mit dem Konsortium aus Siemens und IMB über das IT-Projekt „Herkules“ zur Modernisierung der Informationstechnik der Bundeswehr nun kurz vor dem Start. „Das Angebot des Konsortiums ist als verhandlungsfähig eingestuft“, sagte ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums der Berliner Zeitung auf Anfrage. „Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 24. Mai beginnen.“ Mit „Herkules“ soll die bisher nicht vernetzbare Telefon- und Computerausrüstung der Bundeswehr vereinheitlicht werden. Dafür will das Ministerium über zehn Jahre hinweg 6,65 Milliarden Euro ausgeben.

- *Bundeswehr schult Usbeken. Berliner Zeitung, 20. Mai 2005, S. 6.*

Das Bundesverteidigungsministerium hat einen Bericht des ARD-Magazins Monitor bestätigt, wonach die Bundeswehr usbekische Offiziere ausbildet. Im Rahmen des Nato-Programms „Partnership for

Peace“ würden seit geraumer Zeit rund 120 usbekische Militärs an verschiedenen Einrichtungen der Bundeswehr geschult, sagte ein Sprecher. Ziele seien eine Reform der Streitkräfte in dem zentralasiatischen Land, die Vermittlung demokratischer Werte und der Aufbau euro-atlantischer Strukturen. Usbekistan ist Mitglied und Stützpunkt des Bündnisses gegen Terrorismus und dient unter anderem auch der Bundeswehr als Basis beim Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan. Laut Monitor stiegen zwei der in Deutschland ausgebildeten Militärs zu Generälen der usbekischen Armee auf. Zugleich ließ das Magazin offen, ob die in der Bundesrepublik qualifizierten Soldaten an den Kämpfen gegen die Aufständischen in Andischan beteiligt gewesen sind. Dem Bundesverteidigungsministerium sei davon nichts bekannt, hieß es in dem Beitrag. Ferner berichtete Monitor über deutsche Lieferungen von Handfeuerwaffen und Munition nach Usbekistan. Die Generalsekretärin der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, Barbara Lochbihler, sagte: „Wir fordern die Bundesregierung auf, die militärische Zusammenarbeit mit dem usbekischen Militär bis auf weiteres auszusetzen“. Sie hielt der Bundesregierung vor, die Lage in Usbekistan „falsch eingeschätzt“ zu haben. Amnesty International habe die Bundesregierung noch vor kurzem gedrängt, die Repressionen in Usbekistan zu verurteilen. Dies sei jedoch „aus politischen Gründen“ unterlassen worden. Nach den blutigen Unruhen im Osten Usbekistans haben die Militärs nach eigenen Angaben die letzte Hochburg der Aufständischen unter Kontrolle gebracht. In der Grenzstadt Karassuw sei der angebliche Anführer der Rebellen, Bachtijar Rachimow, verhaftet worden, berichteten Agenturen.

- *Pjôngjang treibt Nuklearprojekte voran. Berliner Zeitung, 12. Mai 2005, S. 8.*

Nordkorea hat nach eigenen Angaben aus seinem Atomreaktor in Yongbyon erneut 8000 ausgediente Brennstäbe entnommen und weitere Maßnahmen zum Ausbau seines Atomwaffenarsenals ergriffen. (...) Bei einer Wiederaufarbeitung könnte Nordkorea nach US-Schätzungen aus den Brennstäben ausreichend Plutonium für den Bau von sechs Atombomben gewinnen. Nordkorea unterstellte der US-Regierung erneut, das Land mit Atomwaffen zu bedrohen. Deshalb habe Pjôngjang schon 2002 erklärt, den zuvor eingemotteten Reaktor wieder in Betrieb zu nehmen und zwei andere Atomanlagen weiterzubauen.

- *Venezuela kappt Militärbeziehungen zu USA. Berliner Zeitung, 26. April 2005, S. 7.*

Venezuelas linksnationalistischer Präsident Hugo Chavez hat die Militärbeziehungen zu den USA eingestellt. Der Präsident warf den US-Offizieren in seinem Land am Sonntag regierungsfeindliche Propaganda vor. Sie hätten die Regierung bei Lehrveranstaltungen vor venezolanischen Soldaten schlecht gemacht, sagte er in seiner wöchentlichen Fernsehansprache. Die letzten wenigen US-Militärs sollten um ihrer eigenen Sicherheit willen das Land verlassen, verlangte Chavez.

- *Schneeball-Effekt am Persischen Golf. Berliner Zeitung, 26. April 2005, S. 7.*

43 Grad. In der Wüste, eine knappe Stunde östlich von Abu Dhabi, schleppen irakische Soldaten 120 Kilo schwere Stahlträger. Anheben, vorwärts gehen, absetzen – die Soldaten marschieren paarweise, auf knappe Kommandos. Ein paar Minuten dauert es, dann ist der Stahlbelag für eine Behelfsbrücke über einen Graben im Sand installiert – Teil der Ausbildung irakischer Soldaten durch die Bundeswehr in den Vereinigten Arabischen Emiraten. 64 Iraker durchlaufen derzeit in den Vereinigten Arabischen Emiraten den Lehrgang der Bundeswehr, 300 sollen bis Ende des Jahres ausgebildet sein. Das klingt wenig angesichts der chaotischen Zustände im Irak, doch die Regierung setzt auf den Schnellball-Effekt: Ein Teil der Lehrgangs-Teilnehmer soll künftig selbst im Irak als Ausbilder arbeiten, sie alle sollen einen Beitrag leisten zum Wiederaufbau ihres Landes. (...) Neben dem organisatorischen und technischen Wissen will Verteidigungsminister Peter Struck auch ein Stück Debattenkultur übermitteln. „Die lernen, dass sich eine Diskussion mit dem Vorgesetzten lohnen kann“, sagt er. Teamarbeit statt sturer Befehl und Gehorsam. Ein zweites irakisches Kontingent wird derzeit von der Bundeswehr ausgebildet. Struck ist offen für weitere Ausbildungseinheiten und rechnet auch mit entsprechenden Wünschen aus dem Irak. Für die Bundesregierung ist der Einsatz in den Emiraten nicht nur ein Beitrag zur Stabilisierung des Irak. Sie erhoffen sich auch wirtschaftliche Vorteile. Ein Memorandum über die militärpolitische Zusammenarbeit, das während des Struck-Besuchs unterzeichnet wurde, soll nicht nur den Ausbildungseinsätzen der Bundeswehr einen offiziellen Rahmen geben. Struck sieht darin auch die Basis für interessante Rüstungsgeschäfte mit dem reichen Erdöl-Staat. „Ich kann mir vorstellen, dass es eine gute wehrtechnische Zusammenarbeit geben kann“, sagt er. Die Ablehnung des Irak-Kriegs, so hofft die Regierung, wird deutschen Firmen einen Vorteil verschaffen. Einen Vertrag über die Lieferung von 32 Fuchs-Spürpanzern hat Rheinmetall im Februar beim Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder unterzeichnet. Jetzt sind die Scheichs an zwei Minensuchbooten interessiert. In einigen Wochen wollen sie entscheiden.

- *Das Projekt Kosovo ist gescheitert. Berliner Zeitung, 22. April 2005, S. 6.*

Das Konzept einer multiethnischen Gesellschaft in Kosovo ist gescheitert, der internationalen Gemeinschaft ist es auch sechs Jahre nach Kriegsende nicht gelungen, Sicherheit und Entwicklung in der Provinz zu gewährleisten. Zu dieser dramatischen Einschätzung kommt der Bericht einer internationalen Balkan-Kommission, der am Donnerstag in Berlin Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) vorgelegt wurde. (...) Der gegenwärtige Status quo sei nicht nur unvollkommen, heißt es weiter in dem Bericht, seine Aufrechterhaltung könne die Region in eine neue Phase sehr gefährlicher Instabilität führen. Notwendig sei eine schnelle Lösung der Statusfragen des Kosovo und der anderen offenen Probleme. (...) Die internationale Balkan-Kommission schlägt für Kosovo einen Stufen-Plan zur Erlangung der Souveränität vor. Der Weg sollte über eine „Unabhängigkeit ohne volle Souveränität“ bis hin zu einer „geteilten Souveränität“ in der Europäischen Union führen. (...) Für den Westbalkan insgesamt empfiehlt die Kommission einen beschleunigten Fahrplan für den EU-Beitrittsprozess. Allen Ländern der Region müsste eine Beitrittsperspektive in den nächsten zehn Jahren eröffnet werden.

- *Wo Sarkawi drauf steht, ist nicht immer Sarkawi drin. Berliner Zeitung, 6. April 2005, S. 4.*

Das aus einem Versteck heraus gefilmte Video zeigt einen Militärkonvoi, der in hoher Geschwindigkeit über eine staubige Landstraße irgendwo im Irak rast. Das erste Fahrzeug fährt durch das Bild, dann folgt in einem größeren Abstand das zweite. Als es an einem Busch vorbeikommt, detoniert eine Bombe und zerfetzt das Auto. Aus dem Off hört man eine Stimme „Allahu Akhbar“ rufen, „Allah ist groß“. Das Video, das seit einiger Zeit westlichen Geheimdiensten vorliegt, kursiert in dem beschriebenen Attentat noch weitere erfolgreiche Anschläge gegen die Besatzer und die mit ihnen verbündeten irakischen Sicherheitskräfte; und es zeigt auch, dass die Attentäter im Irak immer geschickter und effizienter vorgehen. Diese Einschätzung teilen auch deutsche Sicherheitsbehörden. „Unseren Erkenntnissen zufolge verstärkt die militärische Opposition im Irak ihren Kampf und geht dabei technisch und strategisch immer ausgeklügelter vor“, sagt ein hoher Beamter. Zwar gebe es nach wie vor – vornehmlich von ausländischen Extremisten verübte – Selbstmordattentate; weitaus häufiger aber würden jetzt ausgefeilte Sprengfallen eingesetzt oder Rettungswagen und Fahrzeuge ziviler Hilfsorganisationen gestohlen, um sie als ferngezündete Atombombe einzusetzen. Auffallend ist auch, dass es zunehmend Raketenangriffe auf Flugzeuge und Hubschrauber der Allianztruppen gibt. Seit verganginem Februar registrieren die Geheimdienste zudem immer öfter groß angelegte Gefechtshandlungen von Rebellengruppen. Fünfzig, manchmal bis zu einhundert Kämpfer greifen dann, wohl koordiniert und nach militärischem Muster, Polizeistationen, Verwaltungsgebäude oder – wie am vergangenen Wochenende Abu Ghoreib – Gefängnisse an. Bei diesen Gefechten setzen die Rebellen Handfeuerwaffen, Panzerbüchsen und Mörser, ja sogar Raketen ein – alles Waffen, die vermutlich noch aus den geplünderten Arsenalen des Saddam-Regimes stammen. Hinweise auf nennenswerte Waffenlieferungen aus dem Ausland haben die Geheimdienste jedenfalls nicht. Unschlüssig sind die Sicherheitsexperten, wie stark der Rückhalt der Widerstandskämpfer in der Bevölkerung ist. „Die meisten Iraker unterstützen die Rebellen nicht, aber sie stellen sich auch nicht gegen sie“, sagt der Beamte. Das erschwert den Kampf gegen die militante Opposition, die sich zudem als sehr heterogen erweist: Sie setzt sich aus Nationalisten, Islamisten, Anhängern von Saddams Baath-Partei, Kriminellen und ausländischen Extremisten zusammen, wobei die letztgenannte Gruppen nur „einige wenige hundert Kämpfer“ umfasst, wie der Sicherheitsbeamte sagt. Einen „mastermind“, der die Operationen und Anschläge im Irak steuert, gibt es nach Geheimdiensterkenntnissen aber nicht. Auch die Rolle von Abu Mussab el Sarkawi, der zwischen 200 und 300 Kämpfer befehligt, wird oft übertrieben. „Nicht überall, wo Sarkawi drauf steht, ist auch Sarkawi drin“, sagt der Beamte. Man habe jedenfalls mal damit begonnen, die einzelnen Gruppen zu registrieren, die sich zu Attentaten im Irak bekennen. „Bei 120 habe wir aufgehört zu zählen.“ In deutschen Sicherheitskreisen rechnet man kaum mehr damit, dass der Irak bis zum Ende des Jahrzehnts „eine Erfolgsgeschichte“ werden wird. „Es ist sogar nicht auszuschließen, dass wir Irak in ein paar Jahren zu den ‘failed States’ zählen müssen“, sagt der Sicherheitsbeamte. Solche „gescheiterten Staaten“ – wie etwa Somalia, der Kongo, Liberia und die Elfenbeinküste – sind Länder, die praktisch nur noch auf dem Papier existieren. Deren Regierungen beherrschen, wenn überhaupt, nur die Hauptstadt. Im Rest des Landes herrschen Chaos und Anarchie.

- *Neuer Anlauf für moderne IT der Bundeswehr. Berliner Zeitung 30. März 2005, S. 5.*

Kurz vor Fristablauf haben die Firmen Siemens Business Systems und IBM beim Verteidigungsministerium ein gemeinsames Angebot für die Modernisierung der Informationstechnik der Bundeswehr abgegeben. „Wir haben ein Angebot bekommen“, sagte ein Ministeriumssprecher der Berliner Zeitung. „Die Prüfung wird nun einige Wochen dauern.“ Den finanziellen Umfang des Angebots nannte

der Sprecher nicht, betonte aber, das Ministerium halte an dem vorgegebenen Kostenrahmen von 6,65 Milliarden Euro über zehn Jahre fest. Ein Siemens-Sprecher sagte, das ursprüngliche Angebot sei technologisch weiterentwickelt worden. „Wir hoffen, dass wir die Verhandlungen im Sommer abschließen können.“ Mit dem IT-Projekt „Herkules“ soll die bisher nicht vernetzbare Telefon- und Computerausrüstung der Bundeswehr vereinheitlicht werden. Das Vorhaben ist bereits mehrfach ins Wanken geraten: Im Februar stieg die von schlechten Maut-Erfahrungen gezeichnete Telekom-Tochter T-Systems aus dem Konsortium „TIS“ mit Siemens und IBM aus. Die Angebotsfrist wurde daraufhin verlängert. Überhaupt zum Zuge gekommen war „TIS“, weil vergangenen Sommer die Verhandlungen des Ministeriums mit einer Bietergemeinschaft aus den Firmen Mobilcom, EADS und CSC Ploenzke nach zwei Jahren an Geldfragen gescheitert waren. Die Finanzen werden wohl auch bei dem nun abgegebenen Angebot im Vordergrund stehen: Wegen höherer Preise war „TIS“ bei der Ausschreibung nur auf den zweiten Platz gekommen.

- *Ukraine gibt Schmuggel von Marschflugkörpern zu. Berliner Zeitung, 19./20. März 2005, S. 6.* Die Ukraine hat den lange vermuteten Schmuggel sowjetischer Marschflugkörper nach Iran und China 2001 offiziell eingestanden. In der Financial Times vom Freitag bestätigte der ukrainische Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun, Iran habe zwölf und China sechs atomar bestückbare Raketen des Typs X-55 mit einer Reichweite von 3000 Kilometern erhalten. Sie seien aber ohne Atomsprengköpfe geliefert worden, sagte Piskun.

- *26 Menschen in US-Gewahrsam getötet. Berliner Zeitung, 17. März 2005, S. 10.*

Die Zahlen sind weitaus schlimmer als bislang angenommen: Mehr als 26 Häftlinge sollen in US-Gefangenschaft in Irak und Afghanistan seit dem Jahr 2002 ums Leben gekommen sein. Wie die Zeitung New York Times am Mittwoch aus einem internen Untersuchungsbericht von Armee und Marine zitiert, soll es sich in allen Fällen um Totschlag handeln. (...) Besonders unangenehm für die Bush-Regierung dürfte die Tatsache sein, dass nur einer der 26 Fälle im Bagdader Abu Ghoreib-Gefängnis registriert wurde. Damit ist klar, dass Misshandlungen weit über Abu Ghoreib hinaus stattgefunden haben und offenbar mehr Soldaten daran teilgenommen haben, als man ursprünglich in Washington wahrhaben wollte. Auch waren offenbar nicht nur Mitglieder der Militärpolizei und des Gefängnisdienstes involviert, sondern auch Mitarbeiter des Auslandsgeheimdienstes CIA. (...) Das Pentagon versprach am Dienstag, alle Todesfälle zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Admiral Church, der für die US-Navy ermittelte, erklärte, dass die Vorfälle nicht auf mangelhafte Befehle oder unklare Vorgaben zurückzuführen seien, sondern auf einen Mangel an Disziplin vor Ort.

- *Italiens Truppen in Irak reduzieren. Berliner Zeitung, 16. März 2005, S. 8.*

Elf Tage nach dem Tod des italienischen Geheimdienstbeamten Nicola Calipari im Irak hat die Regierung in Rom angekündigt, ab September einen Teil ihrer Soldaten aus dem Zweistromland abzuziehen. (...) Das Tempo der Truppenreduzierung werde von der Fähigkeit der irakischen Regierung abhängen, eigene Sicherheitsstrukturen aufzubauen, wurde Berlusconi von der Agentur Ansa zitiert. Er habe darüber mit dem britischen Premier Tony Blair gesprochen, „und es ist die öffentliche Meinung in unseren Ländern, die diese Entscheidung erwartet“. 2006 wird in Italien gewählt. Italien hat derzeit rund 3000 Soldaten im Irak stationiert – das viertgrößte Truppenkontingent nach den USA, Großbritannien und Südkorea. Der von Anfang an umstrittene Einsatz geriet noch stärker in die Kritik, als US-Soldaten am 4. März versehentlich den Geheimdienstbeamten Calipari erschossen. Calipari hatte die Freilassung der entführten italienischen Journalistin Giuliane Sgrena ausgehandelt und wurde an einer Straßensperre von amerikanischen Soldaten erschossen, als er mit Sgrena zum Flughafen fuhr. Zudem wurde am Dienstag der Tod eines im Irak stationierten Soldaten bekannt, der nach Angaben der Streitkräfte durch einen Unfall bei einer Schießübung ums Leben kam. Er war der 21. Italienische Soldat, der im Irak ums Leben kam. Am Dienstagabend stimmte die italienische Abgeordnetenkammer der weiteren Finanzierung des Irak-Einsatzes bis Ende Juni zu. 246 Abgeordnete votierten dafür, 180 dagegen. Acht Abgeordnete enthielten sich. Die Entscheidung galt angesichts der Mehrheit der Mitte-Rechts-Koalition Berlusconis als sicher.

- *Misshandlungen, Ausrüstungsmängel und schimmelnde Kasernen. Berliner Zeitung, 16. März 2005, S. 5.*

Als eine seiner letzten Amtshandlungen verkündete der Wehrbeauftragte Wilfried Penner einen bedenklichen Rekord: Die Zahl der Beschwerden von Soldaten war 2004 so hoch wie nie. 6154 so genannte Vorgänge wurden gezählt, 72 mehr als im Vorjahr. Besonders deutlich stieg die Zahl der gemeldeten Misshandlungen – von 58 auf 94 Fälle. (...) So schlugen sich zwei Soldaten in einem „Spiel“

so lange gegenseitig in die Nieren, bis einer der beiden mit einem Milzriss ins Krankenhaus kam. Die Milz wurde in einer Notoperation entfernt. In anderen Fällen schlugen Vorgesetzte Soldaten mit Antennenstäben und Kabelenden. Auch ein Schuss auf Soldaten ist dokumentiert, mit der Entschuldigung des Schützen: Auch andere hätten geschossen und damit zur allgemeinen Heiterkeit beitragen. Die Zahl rechtsextremer Vorfälle in der Bundeswehr blieb mit 134 fast gleich. Gemeldet wurden etwa das Grölen von Nazi-Parolen oder das Zeigen des Hitler-Grußes. Viel Grund zur Klage fanden die Soldaten bei Infrastruktur und Ausrüstung: Schimmel und verschlissene Matratzen wurden vor allem in westdeutschen Kasernen bemängelt. Soldaten vermissten bei Einsätzen bestimmte Schutzwesten, aber auch den Kampfucksack „Tarndruck“, den Kampfschuh „Tropen, heiß-trocken“ oder einfach nur die richtige Schuhcreme zur Pflege ihrer Goretex-Treter. Der Wehrbeauftragte hielt zudem fest, dass die Soldaten nicht immer gut vorbereitet in ihre Einsätze gehen: Die Ausbildung etwa an Waffen oder Spezial-Fahrzeugen sei zum Teil nicht ausreichend gewesen. Ein Drittel der Beschwerden hat Karriere-Frust als Grundlage: Durch neue Richtlinien ziehen inzwischen oftmals junge Soldaten an dienstälteren Kameraden vorbei.

- *Israelische Abiturienten verweigern Militärdienst. Berliner Zeitung, 15. März 2005, S. 6.* In Israel haben 250 Abiturienten eine Petition unterzeichnet, in der sie ihre Weigerung verkünden, Militärdienst in den Palästinensergebieten zu leisten. Wie die Zeitung Jedioth Ahronot am Montag berichtete, sind viele der Unterzeichner Schüler renommierter Gymnasien. In ihrer an Ministerpräsident Ariel Scharon und Verteidigungsminister Chaul Mofas gerichteten Petition schrieben sie, sie weigerten sich, „an der Besetzung“ des Westjordanlands und Gazastreifens teilzunehmen.

- *US-Soldaten sollen Afghanen gefoltert haben. Berliner Zeitung, 14. März 2005, S. 8.* Amerikanische Soldaten haben nach Angaben von Menschenrechtlern zwei Insassen eines US-Gefängnisses in Afghanistan zu Tode gefoltert. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) ist nach eigenen Angaben im Besitz von Untersuchungsberichten der amerikanischen Armee, die der erste offizielle Beweis für die tödliche Misshandlung der beiden Gefangenen durch amerikanische Soldaten sind. Die Zeitung New York Times berichtet am Sonnabend unter Berufung die Armeebefehle, in den Fall seien auch Mitglieder des 519. Bataillons des Militärgeheimdienstes verwickelt. Dieses Bataillon hatte auch schon im Misshandlungsskandal im irakischen Gefängnis von Abu Ghraib negative Schlagzeilen gemacht. Insgesamt seien 28 Soldaten und Reservisten in die Folterfälle in Bagram nahe der afghanischen Hauptstadt Kabul verwickelt, sagte HRW-Mitarbeiter John Fiston.

- *Ukraine beginnt Abzug von Soldaten aus den Irak. Berliner Zeitung, 14. März 2005, S. 8.* Die Ukraine hat mit dem Abzug ihrer Truppen aus dem Irak begonnen. Eine 150 Mann starke Kompanie habe ihren Stützpunkt nahe der irakischen Stadt As Suwajra verlassen und werde voraussichtlich am Dienstag in die Ukraine zurückkehren, teile das Verteidigungsministerium in Kiew am Sonnabend mit. Bis Oktober sollen alle 1650 im Irak stationierten Soldaten das Land verlassen. Präsident Juschtschenko macht damit eine unpopuläre Entscheidung seines Vorgängers Kutschma rückgängig.

- *Racheakt oder Verteidigung? Berliner Zeitung, 3. März, 2005, S. 8.* Pakistanische UN-Soldaten haben am Dienstag im Ostkongo bis zu 60 Milizkämpfer getötet. Es ist die bislang größte Zahl von Todesopfern einer UN-Militäraktion seit Beginn der Kongo-Mission 1999. „Sie werden uns mehr und mehr in diese Richtung gehen sehen“, kündigte der UN-Repräsentant im Kongo, Wiliam Lacy Swing, ein offensiveres Vorgehen seiner Truppe an. Nach UN-Angaben von Mittwoch gerieten die Blauhelme in Loga in der Nähe der Stadt Bunia in der Unruheprovinz Ituri unter Beschuss und erwiderten das Feuer. Dabei kamen auch Helikopter zum Einsatz. Zwei Pakistani wurden verwundet. Ihre Einheit war auf der Jagd nach den Mördern ihrer neun Blauhelm-Kameraden aus Bangladesch, die am vergangenen Freitag in einen Hinterhalt geraten und umgebracht worden waren. Die am Dienstag getöteten Miliz-Kämpfer gehörten der Nationalistischen und Integrationistischen Front (FNI) der Lendu-Ethnie an. Ihr Anführer Floribert Jdjabu wurde am Dienstag in Kinshasa festgenommen, aber noch nicht vor Gericht gestellt. Milizen der Lendu und der Hema bekämpfen sich seit Jahren in der an Gold und Diamanten reichen Provinz Ituri, ihr Ziel ist die Ausrottung der Gegner. Seit 1999 kamen allein in Ituri rund 50000 Menschen bei Massakern ums Leben. Seit dem Herbst 2004 sollen erneut bis zu 80000 Menschen aus ihren Dörfern geflüchtet sein, obwohl allein in Ituri 5000 UN-Soldaten stationiert sind und in der Demokratischen Republik Kongo mit 16000 Soldaten die zurzeit größte Friedenstruppe weltweit unterhalten. Die Blauhelme im Kongo galten lange als weitgehend zahnlos. Sie wurden vor Ort sogar als Schildkröten und Touristen verspottet, weil sie Massakern nur zusahen und Deckung suchten, statt die Kindersoldaten der Milizen zu entwaffnen. 2003 rückten kurzzeitig französische Elitesoldaten in Bunia ein und brachten die Lage dort unter Kontrolle. UN-

Soldaten wurden seitdem zu aktiverem Vorgehen ermächtigt, doch ging insbesondere rund um Bunia das Morden weiter. Seit September 2004 sollte die Uno mindestens 15000 Milizkämpfer in Ituri entwaffnet haben, tatsächlich übergaben 2500 Kämpfer die Waffen. Während der Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Beweise für die Menschenrechtsverbrechen in Ituri sucht und gegen die Verantwortlichen ermittelt, wurden diese mit hohen Offiziersrängen belohnt und in die kongolesische Armee integriert. Zudem schwächen Sexskandale und Gerüchte um Plünderungen die Moral der Blauhelme. Ihnen wird in mehr als 100 Fällen vorgeworfen, sich an Minderjährigen vergangen zu haben und kleine Mädchen in Bunia mit Essen oder kleinen Geldbeträgen gefügig zu machen. Der Leiter der UN-Mission, Swing, steht möglicherweise vor der Ablösung, heißt es in UN-Kreisen. Mit der Offensive gegen die Milizkämpfer versuchen die Blauhelme offensichtlich, ihren Ruf zu verbessern und die Initiative zurückzugewinnen. Nicht auszuschließen ist zudem, dass die Pakistani den Tod ihrer asiatischen Kollegen rächen wollten. „Dies ist ein starkes Signal an die Milizen, dass sie uns ernst nehmen müssen“, sagte ein UN-Beamter in Kinshasa.

- *Ärger mit Kanada. Berliner Zeitung, 3. März, S. 8.*

Die US-Regierung ist schwer verärgert: Nach dem kanadischen Nein zu einer Beteiligung am geplanten US-Raketenabwehrschild (MD) hat US-Außenministerin Condoleezza Rice am Dienstag eine Reise nach Ottawa abgesagt. Aus Washingtoner Regierungskreisen verlautete, die Absage sei durchaus im Zusammenhang mit der Erklärung des kanadischen Kabinetts aus der Vorwoche zu sehen. Premier Paul Martin hatte am Donnerstag in Ottawa nach langem Zögern klargestellt, dass Kanada sich nicht an Bau und Finanzierung des geplanten Raketenabwehrschildes beteiligt wird. (...) Direkte Folgen wird die kanadische Entscheidung für das US-Projekt zunächst kaum haben. Bisher jedenfalls gab es offiziell keine Pläne, auch in Kanada Bodenstationen für MD zu errichten. Außerdem hat sich Ottawa im vergangenen Jahr bereit erklärt, den Norad-Vertrag über die US-kanadische Luftverteidigung entsprechend Washingtoner Wünschen zu ändern. Das Norad-System war im Kalten Krieg geschaffen worden, um anfliegende sowjetische Raketen und Flugzeuge zu erfassen und möglichst abzufangen. Mit der Vertragsänderung können nun Daten, die im Norad-Center in Colorado anfallen, offiziell an die künftige MD-Zentrale der USA übermittelt werden. Die politische Dimension des Nein aus Ottawa liegt dagegen auf der Hand. Beobachter gehen davon aus, dass die Absage an die Bush-Regierung die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada weiter belasten wird. Seit der kanadischen Weigerung, an der US-Invasion im Irak 2003 teilzunehmen, ist das Verhältnis beider Staaten ohnehin angespannt. Zudem gibt die Tatsache, dass der unmittelbare Nachbar und Nato-Partner Kanada den umstrittenen Raketenschirm offiziell ablehnt, international den Kritikern des Rüstungsprojektes neuen Auftrieb.

- *Moslemischer Ex-General stellt sich Haager Tribunal. Berliner Zeitung, 1. März 2005, S. 7.*

Als Reaktion auf den verschärften Druck der EU und der USA hat sich der als Kriegsverbrecher angeklagte bosnisch-moslemische Ex-General Rasim Delic dem UN-Kriegsverbrechertribunal gestellt. Er traf am Montag in Den Haag ein und wurde in Haft genommen, teilte der Sprecher des Tribunals, Jim Landale, mit.

- *Togos Präsident tritt nach Protesten zurück. Der Tagesspiegel, 27. Februar 2005, S. 5.*

Drei Wochen nach seiner Machtübernahme ist Faure Gnassingbé als Präsident des westafrikanischen Staates Togo zurückgetreten. Vor dem Hintergrund wachsenden internationalen Drucks gab Faure Gnassingbé am späten Freitagabend seinen Schritt im Fernsehen bekannt. Er kündigte aber an, bei den Präsidentenwahlen in etwa zwei Monaten kandidieren zu wollen. Bis dahin amtiert Parlamentspräsident Abbas Bonfoh als Interimspräsident. Unmittelbar nach dem Tod des langjährigen togischen Präsidenten Gnassinbé Eyadema am 5. Februar hatte das Militär dessen Sohn Faure Gnassingbé als Nachfolger eingesetzt. Das Parlament hatte dafür die Verfassung geändert. Aus Protest hatte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) Sanktionen gegen Togo verhängt, so ein Reiseverbot für Regierungsmitglieder und ein Waffenembargo. Die Afrikanische Union (AU) hatte am Freitag Togo ausgeschlossen und alle Mitgliedstaaten aufgefordert, sich den Ecowas-Sanktionen anzuschließen.

- *Bundeswehr will sich an Einsatz beteiligen. Der Tagesspiegel, 27. Februar 2005, S. 5*

Der Bundeswehr steht nach Darstellung des „Spiegel“ in Afrika ein neuer Langzeiteinsatz bevor. Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) wolle rund 50 Soldaten für eine UN-Beobachtermission im Südsudan abstellen, berichtete das Nachrichtenmagazin. Zur Sicherung des Friedensvertrags, den die muslimische Militärregierung in Khartum und christliche Rebellengruppen im Januar nach 21-jährigem Bürgerkrieg geschlossen hatten, will die UN dem Blatt zufolge rund 10000 Soldaten in einer Pufferzone stationieren und zusätzlich 750 Militärbeobachter entsenden.

- *Haftstrafen für folternde Soldaten. Berliner Zeitung, 26./27. Februar 2005, S. 7.*

Zu Haftstrafen zwischen für Monaten und zwei Jahren hat ein Militärgericht in Osnabrück drei britische Soldaten wegen der Misshandlung irakischer Zivilisten verurteilt. Die Jury aus sieben Offizieren ordnete am Freitagabend zudem die unehrenhafte Entlassung aller drei Angeklagten aus der britischen Armee an. Die Jury hatte schon am Mittwoch zwei Angeklagte der Misshandlung gefangener irakischer Zivilisten schuldig gesprochen. Dem dritten Angeklagten legte die Jury Beihilfe und Vertuschen der Vorfälle als Vorgesetzte zu Last. Die höchste Strafe von zwei Jahren verhängte das Gericht gegen einen 25-jährigen Gefreiten, der einen mit einem Netz gefesselten Iraker misshandelt hatte. Ein 34-jähriger Obergefreiter wurde zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten verurteilt, neben Beihilfe wurde er auch dafür bestraft, dass er als Vorgesetzter eine weitere körperliche Demütigung, bei der zwei Iraker Oralsex simulieren mussten, nicht gemeldet hatte. Alle Vorfälle hatten sich im Mai 2003 in einem von der britischen Armee bewachten Depot für Hilfsgüter ereignet, in das immer wieder Plünderer eingebrochen waren. Wichtiges Beweismittel in dem Prozess waren Fotos von den Misshandlungen, die wegen ihrer Ähnlichkeit mit Aufnahmen aus dem US-Gefängnis Abu Ghraib international für Aufsehen sorgten.

- *Hohe Selbstmordrate unter Marines, SZ 26./27.02.2005*

Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche unter den Soldaten der US-Marineinfanterie ist 2004 um 29 Prozent gestiegen und hat damit den höchsten Stand nach mehr als zehn Jahren erreicht. 21 Soldaten, die meist jünger als 25 Jahre waren, nahmen sich das Leben, weitere 83 unternahmten einen Selbstmordversuch. Kommandeure führen den Anstieg nicht speziell auf die Einsätze in Afghanistan und im Irak zurück, sondern generell auf den Stress durch längere und häufigere Auslandseinsätze. 74 Prozent der Selbstmordfälle der letzten vier Jahre hätten mit Partnerschaftsproblemen zu tun gehabt.

- *UN-Blauhelmsoldaten bei Überfall im Kongo getötet. Berliner Zeitung, 26./27. Februar 2005, S. 6.*

Bei einem Überfall auf eine Patrouille der UN-Friedensmission in der Unruheprovinz Ituri im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo sind am Freitag neun UN-Blauhelmsoldaten getötet worden. Elf UN-Soldaten wurden verletzt, vier weitere werden vermisst. In Ituri versuchen die Blauhelmsoldaten seit einigen Wochen, die Lager verschiedener Milizen aufzulösen.

- *Österreich verkürzt den Wehrdienst, SZ 24. 02. 2005*

Die Regierungskoalition aus Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und den Freiheitlichen (FPÖ) hat sich darauf geeinigt, den Wehrdienst in Österreich von acht auf sechs Monate zu verkürzen. Damit folgt sie einem Vorschlag der ÖVP und deren Verteidigungsminister Platter. Streit gibt es dagegen über die Zukunft des Zivildienstes. Während die ÖVP ihn von zwölf auf neun Monate verkürzen will, ist die FPÖ aus programmatischen Gründen dagegen. Die Opposition aus SPÖ und Grünen verlangt sogar eine Reduktion auf ebenfalls sechs Monate. Die Dauer des Zivildienstes ist jedoch in einem Gesetz von Verfassungsrang festgelegt, das nur mit Zweidrittelmehrheit, also nur mit Zustimmung der Opposition, geändert werden kann.

- *Irak für die USA schon halb so teuer wie Vietnam. Berliner Zeitung, 16. Februar 2005, S. 9.*
- US-Präsident George W. Bush will sich vom Kongress weitere 82 Milliarden Dollar vor allem für die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan genehmigen lassen. Allein das Budget für das Pentagon soll den Plänen zufolge um knapp 75 Milliarden auf rund 400 Milliarden Dollar steigen. Mit dem Finanzpaket, das die Regierung am Montag in den Kongress einbrachte, steigen die Gesamtkosten für die beiden Kriege auf fast 300 Milliarden Dollar und das Etatdefizit im laufenden Fiskaljahr auf ein neues Rekordhoch von 427 Milliarden Dollar. Die Ausgaben für die aktuellen Militäreinsätze im Mittleren Osten sind damit bereits etwa halb so hoch wie die für den gesamten Vietnam-Krieg. Für die Kriegführung in Indochina hatten die USA in den 1960er und 70er Jahren – nach dem heutigen Dollar-Wert gerechnet – 623 Milliarden aufgewendet.

- *Thailand verstärkt Truppen in muslimischen Provinzen. Berliner Zeitung, 16. Februar 05, S. 9.*

Die thailändische Regierung hat die zusätzliche Entsendung einer 12000 Mann starken Infanteriedivision in den Süden des Landes beschlossen, um die Gewalt muslimischer Aufständischer dort einzudämmen. Schon jetzt sind in den drei Süd-Provinzen, den einzigen überwiegend muslimischen in dem ansonsten buddhistischen Land, mehr als 25000 Soldaten im Einsatz.

- *Berlin bahnt Waffengeschäft mit Emiraten an. Berliner Zeitung, 15. Februar 2005, S. 5.*

Zwischen Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten bahnen sich Rüstungsgeschäfte im dreistelligen Millionenbereich an. Die Emirate haben Interesse am Kauf deutscher Militärgüter bekundet, gab die Bundesregierung am Montag bekannt. Ihr stellvertretender Sprecher Thomas Steg sagte:

„Wir sind bereit zu verhandeln.“ Die Kieler HDW-Werft bestätigt eine Kaufanfrage der Emirate nach U-Booten. Nach Handelsblatt-Informationen will der Golf-Staat hunderte Exemplare des Kampfpanzers „Leopard-II-A4“, des Schützenpanzers „Marder“ und der Panzer-Hubitze „2000“ von der Bundeswehr übernehmen. Der Lieferung – auch der von U-Booten – müsste der Bundessicherheitsrat zustimmen. Nach Expertenangaben kostet ein U-Boot der HDW-Werft je nach Ausstattung wenigstens 350 Millionen Euro. Das arabische Land ist auch an einer umfassenden Lieferung von „Fuchs“-Spürpanzern interessiert. Da noch keine offizielle Anfrage vorliege, könne nichts zu den Begehrlichkeiten mitgeteilt werden, betonte Steg.

- *Gemeinsames Geld für gemeinsame Einsätze. Berliner Zeitung, 15. Februar 2005, S. 5*

Der Nato-Oberbefehlshaber in Europa, US-General James Jones, hat die Schwerfälligkeit der Entscheidungen im Bündnis beklagt. Die Schaffung der neuen schnellen Eingreiftruppe NRF (Nato Response Force) mache nur dann Sinn, wenn der organisatorische Rahmen verbessert werde. Als wichtigsten Ansatzpunkt sieht der amerikanische Vier-Sterne-General dabei – und das ist sein wichtigster Beitrag zu der Reformdebatte, die die Nato im Gefolge der Münchner Sicherheitskonferenz ergriffen hat – die Neuorganisation der Finanzen an. Jones sorgt sich, dass Nato-Länder sich allein aus Kostengründen dagegen sperren könnten, ihre Soldaten in einen Einsatz zu schicken. Denn bisher es einen ehernen Grundsatz, der für fast alle Operationen unter Nato-Flagge gilt: Jeder zahlt für sein. (...) Oberbefehlshaber Jones schlug deswegen vor, für die Nato Response Force weitgehend vom Grundsatz „Jeder zahlt sein“ abzugehen. Stattdessen sollte die Nato über ein größeres gemeinsames Budget verfügen. Auf diese Weise könnte sicher gestellt sein, dass wichtige Elemente eines NRF-Einsatzes – Aufklärung, Logistik, Kommunikation, Kommandostrukturen – auch sehr kurzfristig verfügbar seien. (...) Neben der Finanzreform wünscht sich General James Jones noch andere Veränderungen: Das Prinzip der Nato, dass Beschlüsse nur im Konsens aller 26 Mitgliedstaaten gefasst werden können, sollte abgewandelt werden. Es dürfe sich nicht mehr jede Arbeitsgruppe und jeder Ausschuss so lange mit einer Frage beschäftigen, bis Einstimmigkeit hergestellt sei. Gebe es Differenzen, müsse die Möglichkeit bestehen, den Nato-Rat, das höchste Gremium des Bündnisses, mit der strittigen Frage zu befassen, sagte er. Zwar müsse auch dort im Konsens entschieden werden; die Verfahren würden aber dennoch beschleunigt.

- *Bundeswehr könnte bald auch gegen Drogen vorgehen. Berliner Zeitung, 14. Februar 2005, S. 6.*

Die Bundesregierung überdenkt ihr Konzept für den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan. Zur Debatte steht vor allem eine Frage: Soll die Bundeswehr am Hindukusch gegen den florierenden Drogenanbau vorgehen? Bislang müssen deutsche Soldaten wegsehen, wenn sie Mohnfelder oder Opiumtransporte entdecken, weil das vom Bundestag erteilte Mandat dies verlangt. Aber Offiziere in Kundus und Faisabad fordern ebenso wie deutsche Generäle im Führungsstab der internationalen Schutztruppe Isaf in Kabul seit Wochen, dass die Regel geändert wird. „Das ist ein Prozess“, heißt es im deutschen Außenministerium zu der Frage, ob die Bundeswehr bald gegen die Drogenmafia vorgehen kann. Gerade die Stadt Kundus, Stationierungsort des deutschen regionalen Wiederaufbauteams (PRT), ist einer der wichtigsten Transitpunkte für den Schmuggel von Rohopium. Und in der Region um die Stadt Faisabad, wo ein Außenkommando der Bundeswehr stationiert ist, wächst nach Beschreibung von Experten „der beste Schlafmohn der Welt“. Mohnanbau und Opiumschmuggel erreichen in Afghanistan ungeahnte Ausmaße, seit die Taliban gestürzt wurden und ausländische Truppen am Hindukusch für Sicherheit zu sorgen versuchen. Schätzungen zufolge stammen rund zwei Drittel des afghanischen Bruttoinlandsprodukts aus dem Drogengeschäft. Trotz dieses offenkundigen Mankos ist Bundesaußenminister Joschka Fischer zufrieden mit dem Konzept der Regionalteams. „Sie haben sich als tragfähige Alternative zu einer flächendeckenden Truppenpräsenz erwiesen“, sagte er am Freitag am Rande seiner Reise nach Bada Aceh in Indonesien. Mit hinhaltendem Widerstand begegnet Berlin unterdessen dem Wunsch der USA, die Isaf-Schutztruppe zusammenzulegen mit den im wesentlichen von der US-Armee gestellten Einheiten der Operation „Enduring Freedom“, die Jagd auf El-Kaida-Kämpfer und Talibanmilizen machen. „Das wollen wir nicht“, heißt es im Berliner Außenamt. Man sei aber offen für die Idee, beide Operationen unter ein gemeinsames Kommando zu stellen. Ob Washington dabei mitzieht, ist fraglich. Zwar ist es das erklärte Ziel der US-Regierung, durch die Zusammenlegung eigene Truppen freizubekommen, die im Irak dringend benötigt werden. Doch gemeinhin weigern sich die USA, ihre Soldaten unter ausländisches Kommando zu stellen. Und der von der Nato geführte Isaf-Einsatz in Kabul und Nordafghanistan untersteht gewöhnlich einem europäischen oder kanadischen Kommando.

NEUERSCHEINUNGEN UNSERER MITGLIEDER

- Ahrens, Jens-Rainer/ Apelt, Maja/ Bender, Christiane (2005). Frauen im Militär. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bald, Detlef (2005). Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München: C.H. Beck.
- Buchner, Peter (2005): II WO fährt weiter ... Vorbereitung der Marineoffiziere für die erste Truppenverwendung. In: Marineforum, Nr. 1/2, S. 20-24.
- Haltiner, Karl W./ Wenger, Andreas/ Würmli, Silvia/ Tresch, Tibor Szvircsev (2005). Sicherheit 2005. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich .
- Haltiner, Karl W./ Wenger, Andreas/ Würmli, Silvia/ Tresch, Tibor Szvircsev (2005): Sicherheit 2005. Aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zurich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich & Militärakademie an der ETH Zürich.
- Kernic, Franz/ Haltiner, Karl W./ Klein, Paul (Hg.) (2005). The European Armed Forces in Transition. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang.
- u.a.: Peter Lang.
- Kernic, Franz/ Hauser, Gunther (Hg.) (2005): Handbuch zur europäischen Sicherheit. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang.
- Kümmel, Gerhard (Hg.) (2005): Diener zweier Herren. Soldaten zwischen Bundeswehr und Familie. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang
- Kümmel, Gerhard/ Leonhard, Nina (2004): Tod, Militär und Gesellschaft. Ein Beitrag zur Soziologie des Todes. In: Berliner Debatte Initial, 15. Jg., Nr. 5/6, S. 132-144.
- Kümmel, Gerhard/ Leonhard, Nina (2005): Casualties and Civil-Military Relations: The German Polity Between Learning and Indifference. In: Armed Forces and Society, 31. Jg., Nr. 4, S. 513-536.
- Leonhard, Nina/ Werker, Ines-Jacqueline (Hg.) (2005): Militärsoziologie – Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rinke, Bernhard/ Woyke, Wichard (Hg.) (2004). Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rose, Jürgen (2005): „Es geht nicht drunter und drüber.“ Auch Soldaten dürfen ihrem Gewissen folgen, entschied das Bundesverwaltungsgericht. Interview. die tageszeitung vom 29.6.2005, S. 12.
- Rose, Jürgen (2005): Kämpfer in Uniform. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Nr. 2, S. 139-142.
- Rose, Jürgen (2005): Kommando Spezialkiller. In: Freitag, 29. Juli 2005. (Online unter: <http://www.freitag.de/2005/29/05290701.php>)
- Thomas, Tanja/ Virchow, Fabian (Hg.) (2005): Banal Militarism. Zur Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen. Bielefeld: transcript Verlag.

WEITERE NEUERSCHEINUNGEN

- Anders, Freia/ Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.) (2005): Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols. Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.
- Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (Hg.) (2005): Am Hindukusch und anderswo: Die Bundeswehr: Von der Wiederbewaffnung in den Krieg. Köln: Papyrossa.
- Baud, Jacques (2005). Le renseignement et la lutte contre le terrorisme. Stratégies et perspectives internationales. Paris: Lavauzelle.
- Bearden, Milt/ Risen, James (2004). Der Hauptfeind. CIA und KGB in den letzten Tagen des Kalten Krieges. München: Siedler
- Beetz, Jürgen (2005): Spieltheoretische Analyse von Rüstungswettläufen. Tönning: Der Andere Verlag.
- Behling, Klaus (2004). Spione in Uniform. Die Alliierten Militärmissionen in Deutschland. Stuttgart, Leipzig: Hohenheim Verlag
- Berkofsky, Axel (2005): Die Neuen Amerikanisch-Japanischen Leitlinien für Verteidigungskooperation: Implikationen für Japans regionale Sicherheitspolitik. Münster: LIT.
- Bossuat, Gérard (2005). Faire l'Europe sans défaire la France. 60 ans de politique d'unité européenne des gouvernements et des présidents de la République française. Frankfurt u.a.: Peter Lang
- Bremm, Klaus-Jürgen/ Mack, Hans-Hubertus/ Rink, Martin (2005) (Hrsg.). Entschieden für Frieden: 50 Jahre Bundeswehr. Freiburg i. Br.: Rombach

- Brisard, Jean Ch. (2005): Das neue Gesicht der Al-Qaida: Sarkawi und die Eskalation der Gewalt. Berlin: Propyläen.
- Broz, Svetlana (2005). Des gens de bien au temps du mal. Témoignage sur le conflit bosniaque (1992-1995). Paris. Lavauzelle
- Brummer, Klaus (2005). Konfliktbearbeitung durch internationale Organisationen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Brüne, Stefan (2005): Europas Außenbeziehungen und die Zukunft der Entwicklungspolitik. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Burke, Carol (2004). Camp All-American, Hanoi Jane, and the High and Tight: Gender, Folklore, and Changing Military Culture. Boston, MA: Beacon Press
- Calliess, Jörg (Hg.) (2005): Weltordnungspolitik: Mehr als nur Terrorismusbekämpfung. Rehbürg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum.
- Clarke, Richard A. (2004). Against all Enemies. Hamburg: Hoffmann u. Campe
- Clement, Rolf/ Jöris, Paul-Elmar (2005). 50 Jahre Bundeswehr. Hamburg: Mittler
- Conzen, Peter (2005). Fanatismus. Psychoanalyse eines unheimlichen Phänomens. Stuttgart: Kohlhammer
- Diamond, Jared (2005): Kollaps – Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt am Main: Fischer.
- Eckern, Ulrich/ Herwatz-Emden, Leonie/ Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg) (2004). Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Elter, Andreas (2005, i.E.): Die Kriegsverkäufer: Geschichte der US-Propaganda 1917-2005. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Endres, Jürgen (2004). Wirtschaftliches Handeln im Krieg. Zur Persistenz des Milizsystems im Libanon. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Fleck, Dieter (Hg.) (2004): Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte. Baden-Baden: Nomos.
- Florack, Martin (2005): Kriegsbegründungen. Sicherheitspolitische Kultur in Deutschland nach dem Kalten Krieg. Marburg: Tectum.
- Frank, Hans (Hg.) (2005). Reserve im Umbruch. Von der Landesverteidigung zur Krisenbewältigung. Hamburg: Mittler
- Frey, Eric (2005): Das Hitler-Syndrom – Über den Umgang mit dem Bösen in der Weltpolitik. Frankfurt am Main: Eichborn.
- Fröhlich, Stefan (2005). Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik GASP. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Frotscher, Ann (2005) (Hrsg.). Banden- und Bürgerkrieg in Karachi. Baden-Baden: Nomos
- Funke, Hajo (2005): Gott – Macht – Amerika: Ideologie, Religion und Politik der US-amerikanischen Rechten. Berlin: H. Schiler Verlag.
- Gause, Clemens (2004). Die Ökonomisierung der Bundeswehr. Wiesbaden: DUV
- Gayffier-Bonneville, Anne-Claire de (2004). Sécurité et coopération militaire en Europe, 1919-1955. Paris: L'Harmattan.
- Gerhard, Paul (2005): Der Bilderkrieg: Inszenierungen, Bilder und Perspektiven der ‚Operation Irakische Freiheit‘. Göttingen: Wallstein.
- Glaeßner, Gert-Joachim/Lorenz, Astrid (Hg.) (2005): Europäisierung der inneren Sicherheit: Eine vergleichende Untersuchung am Beispiel von organisierter Kriminalität und Terrorismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Handrick, Steffen (2005): Das Kosovo und die internationale Gemeinschaft: Nation-building versus peace-building? (Studien zur Internationalen Politik, Heft 2/2005). Hamburg: Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
- Hardt, Michael/ Negri, Antonio(2005). Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt/Main: Campus
- Hartwig, Sylvius (2005): Eine Nation im freien Fall. Deutschland in der Sicherheitskrise. Jena: Bussert & Stadelers.
- Heuser, Beatrice (2005). Clausewitz lesen! Eine Einführung. München: Oldenbourg
- Hillman, James (2005). Die erschreckende Liebe zum Krieg. München: Koesel
- Holden, Robert H. (2004). Armies without Nations: Public Violence and State Formation in Central America, 1821-1960. New York: Oxford University Press
- Hubatschek, Gerhard (2005) (Hrsg.). Bundeswehr. 50 Jahre Einsatz für den Frieden. Bonn: Report Verlag
- Hubel, Helmut (2005): Weltpolitische Konflikte. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos.

- Hunger, Iris (2005): Biowaffenkontrolle in einer multipolaren Welt: Zur Funktion von Vertrauen in internationalen Beziehungen (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Bd. 48). Frankfurt am Main: Campus.
- Jaberg, Sabine/Schlotter, Peter (Hg.) (2005): Imperiale Weltordnung – Trend des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden: Nomos.
- Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.) (2005). Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA. Baden-Baden: Nomos
- Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hg.) (2005): Transatlantische Beziehungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kaufmann, Wolfgang (2004). Die Beobachter der Balkankrise. Norderstedt: Books on Demand
- Kielmansegg, Sebastian von (2005): Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Stuttgart: R. Boorberg Verlag.
- Kilian, Björn/Tobergte, Christian/Wunder, Simon (Hg.) (2005): Nach dem Dritten Golfkrieg: Sicherheitspolitische Analysen zu Verlauf und Folgen des Konflikts. Berlin: BWV Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Kippenberg, Hans G. (2005): Gewalt als Gottesdienst. Religionskriege im Zeitalter der Globalisierung. München: C.H. Beck.
- Klingebiel, Stephan (2005): Wie viel Gewicht für militärische Fähigkeiten? Die neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas und die Rolle externer Akteure (DIE – Discussion Paper 1/2005). Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Krech, Hans (Hg.) (2005): Die NATO aus der Sicht ihrer neuen Mitglieder (Wifis-aktuell 35-36). Bremen: Edition Temmen.
- Kunz, Thomas (2005). Der Sicherheitsdiskurs. Die innere Sicherheit und ihre Kritik. Bielefeld: Transcript
- Kutz, Martin (Hg.) (2004): Gesellschaft, Militär, Krieg und Frieden im Denken von Wolf Graf von Baudissin. Baden-Baden: Nomos.
- Löffelholz, Martin (Hg.) (2005): Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Machura, Stefan/Voigt, Rüdiger (Hg.) (2005): Krieg im Film. Münster: Lit.
- Metzinger, Udo. M. (2005): Hegemonie und Kultur: Die Rolle der kulturellen Soft-power in der US-Außenpolitik. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang.
- Münkler, Herfried/Malowitz, Karsten (Hg.) (2005): Humanitäre Intervention: Ein Instrument außenpolitischer Konfliktbearbeitung. Grundlagen und Diskussion. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nolte, Wilhelm/ Schreiber, Wolfgang/ Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (2004) (Hrsg.). Das Kriegsgeschehen 2003. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Petritsch, Wolfgang/ Pichler, Robert (2004). Kosovo, Kosova. Der lange Weg zum Frieden. Klagenfurt: Wieser
- Range, Clemens (2005). Die geduldete Armee. Suderburg: Translimes Media
- Ratsch, Ulrich et al. (Hg.) (2005): Friedensgutachten 2005. Münster: Lit Verlag.
- Rauch, Carsten (2005): Die Theorie des Demokratischen Friedens: Grenzen und Perspektiven (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Bd. 49). Frankfurt am Main: Campus.
- Reemtsma, Jan (2005): Folter im Rechtsstaat? Hamburg: Verlag Hamburger Edition.
- Reinwald, Brigitte (2005): Reisen durch den Krieg. Erfahrungen und Lebensstrategien westafrikanischer Weltkriegsveteranen der französischen Kolonialarmee. Berlin: Klaus Schwarz Verlag.
- Rühl, Lothar (2005). Das Reich des Guten - Machtpolitik und globale Strategie Amerikas. Stuttgart: Klett Cotta
- Sahm, Astrid/ Jahn, Egbert/ Fischer, Sabine (Hrsg.) (2005): Die Zukunft des Friedens weiterdenken. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Schmalisch, Grit (Bearb.) (2005): Entwicklungspolitik und Militär. Bonn: Internationale Weiterbildung und Entwicklung InWEnt.
- Schmid, A. Allen (2004). Conflict and Cooperation. Oxford, UK: Blackwell Publishing
- Schmitt, Carl (2005): Frieden oder Pazifismus? Aufsätze zum Völkerrecht und zur internationalen Politik 1924-1978; hrsg. von Günter Maschke. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schrader, Lutz (2005): Die Theorie des ‚demokratischen Friedens‘: Innenansichten einer wissenschaftlichen Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schreiber Wolfgang (Hg.) (2005): Das Kriegsgeschehen 2004: Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schubert, Ulf-Manuel (2005): Staatszerfall als Problem des internationalen Systems. Marburg: Tectum Verlag.

- Seiffert, Anja (2005): Soldat der Zukunft: Wirkungen und Folgen von Auslandseinsätzen auf das soldatische Selbstverständnis. Berlin: Köster.
- Siedschlag, Alexander (Hg.) (i.E.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse: Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sofsky, Wolfgang (2005): Das Prinzip Sicherheit. Frankfurt am Main: Fischer.
- Sponeck, Hans C. (2005): Vor dem Krieg. Das Sanktionsregime der UNO im Irak. Hamburg: Verlag Hamburger Edition.
- Stahl, Gerhard (2005): Regionale Kooperation im europäischen Vergleich. Ostsee- und Mittelmeerzusammenarbeit in der europäischen Union. SCHIFF-Texte Nr. 77. Kiel.
- Trimondi, Victor/Trimondi, Victoria (2005): Krieg der Religionen. Politik, Glaube und Terror im Zeichen der Apokalypse. Paderborn: Wilhelm Fink Verlag.
- Turnbull, Stephen (2005): Geschichte der Samurai. Stuttgart: Motorbuch.
- Tuschl, Ronald H. (Red.) (2005): Der Krieg der Armen? Der Terrorismus in der Neuen Weltordnung. Münster: agenda Verlag.
- Umbach, Frank (2005): Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955-1991. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Victor, Barbara (2005): Beten im Oval Office. Christlicher Fundamentalismus in den USA und die internationale Politik. Starnberg: Pendo Verlag.
- Weidenfeld, Werner (Hg.) (2004). Herausforderung Terrorismus. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften .
- Wenzke, Rüdiger (Hg.) (2005). Staatsfeinde in Uniform? Widerständisches Verhalten und politische Verfolgung in der NVA. Berlin: Ch. Links.
- Wette, Wolfram (Hg.) (2005). Schule der Gewalt. Militarismus in Deutschland 1871-1945. Berlin: Aufbau.
- Wiesendahl, Elmar (Hg.) (2005): Neue Bundeswehr – neue Innere Führung? Perspektiven und Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung eines Leitbildes. Baden-Baden: Nomos.
- Wright, Evan (2005): Generation Kill: Das neue Gesicht des amerikanischen Krieges. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Wulf, Herbert (2005): Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos.
- Zagorovskaya, Olga (2005): Die politische und wirtschaftliche Transformation in Belarus und Polen im Vergleich (SCHIFF-Texte Nr. 79). Kiel: Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften.
- Zakaria, Fareed (2005): Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch. Frankfurt am Main: FAZ-Institut.

In der Schriftenreihe der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sind zwischenzeitlich die folgenden Berichte erschienen:

- HSFK-Report Nr. 12/2004: Hans-Joachim Spanger: Modernisierung contra Demokratisierung. Putins russischer Weg
- HSFK-Report Nr. 13/2004: Hans-Joachim Schmidt: Kooperative Regelung der Nuklearkrise Nordkoreas? Zum Verhältnis dreier Demokratien gegenüber den nuklearen Ambitionen Nordkoreas
- HSFK-Report Nr. 14/2004: Gert Krell: Die USA, Israel und der Nahost-Konflikt. Studie über demokratische Außenpolitik im 20. Jahrhundert
- HSFK-Report Nr. 15/2004: Wolfgang Wagner: ‚Halt, Europa!‘ Probleme der europäischen Polizeikooperation für parlamentarische Kontrolle und Grundrechtsschutz
- HSFK-Report Nr. 1/2005: Peter Kreuzer: Politische Clans und Gewalt im Süden der Philippinen
- HSFK-Report Nr. 2/2005: Bernd W. Kubbig: Als Entscheidungsgrundlage für das Raketenabwehrprojekt MEADS ungeeignet. Eine Analyse der Dokumente von BMVg und Berichterstattergruppe
- HSFK-Report Nr. 3/2005: Tabea Seidler: Sicherheit durch Volksentscheid? Das Schweizer Engagement in friedenserhaltenden Operationen und der Landminenfrage
- HSFK-Report Nr. 4/2005: Harald Müller: Vertrag im Zerfall? Die gescheiterte Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags und ihre Folgen
- HSFK-Report Nr. 5/2005: Bernhard Moltmann: Dem Frieden verschrieben – dem Konflikt verhaftet. Zur Rolle der Kirchen im nordirischen Friedensprozess
- HSFK-Report Nr. 6/2005: Berthold Meyer: Sind fünfzig Jahre eine Ewigkeit? Österreichs langsamer Abschied von der ‚immerwährenden Neutralität‘